



Politische Thesen für den XXV. Parteitag
8. und 9. November 2025, in Arbedo-Castione

Neutralität, Frieden und Arbeit!

Kommunist zu sein bedeutet, in einer Gesellschaft, die von tiefgreifenden Prozessen des Zerfalls des zivilen, kulturellen und moralischen Lebens und von gefährlichen Versuchungen, sich in die Privatsphäre zurückzuziehen, geprägt ist, eine Vorstellung zu vertreten, die den sozialen Charakter des Menschen, die untrennbare Verbindung zwischen dem Schicksal des Einzelnen und dem der Gesellschaft sowie die zentrale Bedeutung der Arbeit für die Entwicklung der Gesellschaft und des Einzelnen bekräftigt. [...] Kommunist zu sein bedeutet nicht nur, eine Politik zu vertreten, sondern gleichzeitig eine kulturelle und moralische Vision, eine neue Art des Menschseins und der Beziehungen zwischen den Menschen.

Gianni Cervetti, 1976

Prämissen

In den letzten 15 Jahren hat sich die ideologische und programmatische Linie unserer Partei deutlich weiterentwickelt. Dies zeigte sich auf jedem Kongress in immer umfassenderen und weitreichenderen politischen Thesen: von fünf Seiten im Jahr 2011 auf fast vierzig Seiten im Jahr 2021. Dies ist das Ergebnis eines kollektiven Prozesses sowohl interner Debatten als auch politischer Reifung, der nun nicht nur in den verschiedenen Kongressdokumenten, sondern auch in der Anthologie mit dem Titel »Die Kommunistische Partei in Zeiten von COVID-19« zusammengefasst ist, die kurz nach dem letzten Kongress veröffentlicht wurde. Während der Pandemie nutzte unsere Partei die Gelegenheit, ihren Ansatz umfassend zu aktualisieren: Die zahlreichen Resolutionen, die in dieser Zeit diskutiert und verabschiedet wurden – sofern sie nicht durch Ereignisse oder nachfolgende Dokumente überholt wurden – stellen offensichtlich auch heute noch eine politische Linie für alle Mitglieder dar.

Neben dem »Tabu-Plan« (genehmigt von der Organisationskonferenz am 29. September 2018 und aktualisiert am 15. Oktober 2022), der das Aktionsprogramm unserer Partei darstellt, beschließt dieser Kongress, die vom XXIV. Parteitag einstimmig angenommenen und vom Zentralkomitee am 17. August 2025 aktualisierten politischen Thesen unter dem Titel »Selbst ein Vorbild sein« als allgemeines Programm der Kommunistischen Partei anzuerkennen. Auf der Grundlage all dieser Dokumente werden die folgenden politischen Thesen, die unser Handeln in den nächsten vier Jahren leiten werden, heute vom XXV. Parteitag diskutiert und verabschiedet.

Inhalts- und Stichwortverzeichnis am Ende der Broschüre.

Übersetzt mit Hilfe von DeepL.com und anderen maschinellen Tools. Massgebend für die Formulierung ist die Originalfassung der Thesen in italienischer Sprache. Deutsche Fassung überarbeitet am 18. 11. 2025

1. Die strategische Ausrichtung der Kommunistischen Partei im Kontext des Niedergangs des atlantischen Systems und des multipolaren Übergangs

1.1. Der grundlegende Widerspruch der neuen historischen Ära

1.1.1. Der Konflikt zwischen atlantischem Imperialismus und Multipolarismus (der sich auch in Farbrevolutionen, Wirtschaftsembargos und militärischen Konflikten manifestieren kann) ist heute der grundlegende Widerspruch, aus dem alles entsteht: Das haben wir vor über zehn Jahren vorausschauend festgestellt. Wir waren tatsächlich die erste und einzige Schweizer Partei, die die Öffnung gegenüber den BRICS-Staaten zu ihren programmatischen Prioritäten zählte. Unser letzter Kongress im November 2021 hat die anhaltende geopolitische und wirtschaftliche Dynamik zu Recht hervorgehoben, konnte aber die teilweise dramatische Beschleunigung, die die Ereignisse nur wenige Monate später erfahren würden, nicht vorhersehen. Die Schwellen- und Blockfreienländer, die zumindest in den letzten dreißig Jahren angesichts der schweren westlichen Unterdrückung stets »die Kröte schlucken« mussten (Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw.), haben im Februar 2022 die Sackgasse durchbrochen und ihre Haltung effektiv geändert: Um sich zu befreien und den atlantischen Imperialismus zu besiegen, entschieden sie sich für den Einsatz von Waffen, ohne einen direkten Angriff abzuwarten. Der Krieg in der Ukraine, zu dessen Charakter sich unsere Partei bereits umfassend und klar geäußert hat, stellt daher einen historischen Wendepunkt von epochaler Bedeutung dar! Wenn sich die Schwellenländer in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und Sicherheit weiterhin behindert fühlen, werden weitere Kriege gegen die NATO ausbrechen, und Europa wird eine autoritäre Wende erleben.

1.1.2. Wir sind nicht mehr nur mit dem wirtschaftlichen Aufstieg von Nationen konfrontiert, die bis vor kurzem noch dem Joch neokolonialer Herrschaft unterworfen waren. Heute beunruhigt ein neuer Faktor das atlantische System zusätzlich: Über die BRICS+-Staaten, die Eurasische Wirtschaftsunion, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) usw. zeichnet sich ein Prozess der politischen Emanzipation ab, der den Versuch beinhaltet, als Alternative internationale Strukturen zu den vom Imperialismus dominierten Strukturen (IWF, SWIFT usw.) aufzubauen. Kurz gesagt: Es festigt sich ein – sicherlich noch widersprüchlicher, aber zugleich optimistisch zu betrachtender – Prozess der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und noch kapitalistischen Staaten, die aber de facto einen antiimperialistischen Charakter haben. Mit seinen wirtschaft-

lichen und diplomatischen Initiativen ist China die treibende Kraft hinter dieser neuen multipolaren und friedlichen Weltordnung. Der chinesische Präsident Xi Jinping erklärte zudem, dass »alle Länder, unabhängig von ihrer Größe, Stärke oder ihrem Reichtum, gleichermaßen an der globalen Ordnung teilnehmen, mitentscheiden und von ihr profitieren«. Wir müssen uns sowohl als Land als auch als Partei für neue internationale Institutionen ohne Hegemonismus einsetzen.

1.1.3. In Teilen der internationalen kommunistischen Bewegung ist die Theorie der sogenannten »imperialistischen Pyramide« en vogue. Diese Theorie geht davon aus, dass der Monopolkapitalismus zu einem globalen Phänomen geworden ist: Alle Länder sind somit kapitalistisch und nehmen, unabhängig von ihrer Wirtschaftskraft, aktiv am imperialistischen System teil. Aus dieser Perspektive gibt es keinen qualitativen Unterschied zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, sondern nur quantitative Unterschiede in der Position innerhalb der globalen Hierarchie. Diese dogmatische Lesart der Realität, selbst mit »linker« Rhetorik, lähmt das politische Handeln von Kommunisten: Sie leugnet Marx' »Kampf der Gegensätze« und reduziert den Imperialismus auf ein statisches, allen Staaten gemeinsames Merkmal. Dies führt zu einer abstrakten, sich im Kreise drehenden Entwicklungsvisions (die Welt entwickelt sich nicht weiter), die die realistische Möglichkeit gesellschaftlicher Umbrüche und Transformationen leugnet. Diese Theorie weigert sich nicht nur, Phänomene in ihren konkreten zeitlichen und räumlichen Bedingungen zu interpretieren, sondern auch zu begreifen, dass jedes gesellschaftliche Phänomen einen negativen und einen positiven Pol besitzt, deren gegenseitiger Kampf seine Entwicklung bestimmt. Diese ideologische Konzeption lähmt nicht nur die Kommunisten, sondern treibt die Menschen auch in Desillusionierung und Apathie oder im schlimmsten Fall sogar in die Reaktion: Nationale Befreiungskämpfe beispielsweise werden sinnlos, weil alle Länder, auch die des globalen Südens, als imperialistisch oder zumindest als Marionetten im-



perialistischer Mächte angesehen werden. Konflikte werden somit wahllos »inter-imperialistisch«, und die einzige praktikable Lösung wäre dann eine hypothetische sozialistische (Welt-)Revolution. Da jedoch die Voraussetzungen für eine solche Lösung nicht gegeben sind, werden sich Defätismus oder Auflehnung um ihrer selbst willen durchsetzen: Von dieser Art hochtrabender, aber ergebnisloser Opposition profitiert das liberale und atlantische System nur und kann sich dadurch weiter reproduzieren.

1.2. Ein neuer historischer Block zwischen »Einheitsfront« und antifaschistischer Rhetorik

1.2.1. Unsere Partei analysiert den Imperialismus auf der Grundlage der fünf leninistischen Prinzipien, die ihn als hegemoniale Phase des Kapitalismus identifizieren, achtet aber gleichzeitig darauf, nicht in eine ökonomistische Interpretation des Phänomens zu verfallen. Wir halten es für notwendig, die Vorrangstellung des wirtschaftlichen Charakters des Imperialismus mit den überstrukturellen Interessen des historischen Blocks, der ihn regiert, zu verknüpfen. Bekanntlich wird politische Herrschaft immer im Rahmen eines historischen Blocks ausgeübt, d.h. im Rahmen der Beziehungen zwischen der Wirtschaftsstruktur, dem politisch-kulturellen Überbau und den sozialen Kräften, die diese repräsentieren und es einer Klasse ermöglichen, die Kontrolle über die Gesellschaft auszuüben und sie zu lenken. Es ist wichtig zu betonen, dass der historische Block nicht ausschließlich mit der Innenpolitik verbunden ist, sondern gerade von der internationalen Position abhängt, die sich auf die Klasseninteressen auf lokaler Ebene auswirkt. Die Entscheidung eines Teils der Bourgeoisie unseres Landes, die Neutralität der Schweiz zu opfern und somit eine demonstrative atlantistische Position einzunehmen und einen größeren militärischen Aktivismus der Eidgenossenschaft zu verfolgen (Aufrüstung, Export von Kriegsmaterial, Wehrpflicht für Frauen, Auslandseinsätze) führt zu bedeutenden Veränderungen im Klassenkampf, in der nationalen Wirtschaft, in der Kapitalakkumulation und im Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Fraktionen der Schweizer Bourgeoisie.

1.2.2. Mit der Verschärfung des Konflikts zwischen dem atlantischen System und dem Multipolarismus wird sich die Spaltung zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie vertiefen. Die inneren Widersprüche innerhalb der Schweizer Bourgeoisie sind derzeit noch nicht vollständig zum Ausdruck gekommen. Und soweit sie zum Vorschein kommen, nehmen sie verworrene und unzusammenhängende Züge an. Ein Großteil der Schweizer Unternehmen ist nicht nur auf Exporte in die EU ausgerichtet, sondern auch ideologisch auf atlantistische Kategorien

»formatiert«, die zum »Kitt« des historischen Blocks aller westeuropäischen Länder erhoben wurden. Angesichts eines möglichen Rückgangs der Schweizer Exporte in den euro-amerikanischen Markt stehen die Arbeitgeber jedoch vor einem Scheideweg: Ein Teil der Bourgeoisie wird sich für eine gewaltsamere gewerkschaftsfeindliche Offensive (instabile Verträge, Marktderegulierung usw.) entscheiden, um die Produktivität zu steigern und der ausländischen Konkurrenz besser standzuhalten; eine andere Gruppe hingegen könnte sich dafür entscheiden, neue Märkte in Schwellenländern zu erschließen und ihre Absatzmärkte zu diversifizieren. Keiner der Führer dieser bürgerlichen Fraktionen wird ein überzeugter Verbündeter sein, aber es ist eine Frage taktischer Intelligenz, sich nicht von dieser Dynamik zu distanzieren und vielmehr zu versuchen, die eher globalistische Gruppe zu schwächen und die wirtschaftliche Diversifizierung und Zusammenarbeit zwischen Schweizer Arbeitgebern und Industrien in Schwellenländern (vor allem sozialistischen) zu fördern. Erstens müssen wir die Mitgliedschaft von SP-Parlamentariern in der Interparlamentarischen Allianz gegen China (IPAC) anprangern und die von den Grünen angedrohte Ergriffung eines Referendums gegen das Freihandelsabkommen mit China verhindern. Zweitens müssen wir den vietnamesischen Behörden unsere Einschätzungen zu dem ähnlichen Abkommen, das zwischen Hanoi und Bern ausgehandelt wurde, mitteilen.

1.2.3. Unter den verschiedenen Formen des Übergangs zum Sozialismus hat sich unsere Partei seit ihrer Gründung für die Strategie der »Einheitsfront« entschieden: ein Ansatz, der auf den Schweizer Kontext zugeschnitten ist und darauf abzielt, verschiedene Bevölkerungsschichten auf der Grundlage gemeinsamer Lebenserfahrungen und Kämpfe zu vereinen und sie zu immer fortschrittlicheren Ergebnissen zu führen. Es sind die Menschen selbst, die Geschichte schreiben, nicht eine Handvoll Agitatoren, wie gut ihre Absichten auch sein mögen. Die Arbeiterklasse (und ihre politische Avantgarde) ist daher aufgerufen, mit anderen Bevölkerungsgruppen zusammenzuarbeiten, die zeitweise in Opposition zum Großkapital und Imperialismus stehen: Studenten, Bauern, Gewerbler, aber auch Kriegsdienstverweigerer usw., unabhängig von ihrer ideologischen oder religiösen Ausrichtung. Diese Allianzen sind zunächst rein taktischer Natur, doch das Ziel ist der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses, um sie strategisch zu gestalten: Nicht nur die Kommunisten haben ein Interesse am Aufbau einer sozial solidarischen, neutralen und souveränen Schweiz innerhalb einer neuen multipolaren Ordnung, und auf dieser Grundlage wird der neue historische Block gebildet. Diese Einheit des Volkes wird durch die Überwindung der Dichotomien der vergangenen historischen Ära erreicht: Multipolarität öffnet die Tür für neue Allianzen mit jenen, die vor nur zwanzig Jahren noch

Gegner gewesen wären. Diese Offenheit birgt jedoch das Risiko einer Aufweichung oder Verwässerung der revolutionären Ziele: Sofern die Partei in ihrer Methode und Ideologie standhaft bleibt, ihre klassenbezogene Unabhängigkeit bewahrt und sich an ihr Allgemeines Programm hält, hat sie von solchen Kooperationen nichts zu befürchten. Es ist unerlässlich, den avantgardistischen Charakter der Organisation beizubehalten, ihre Reichweite zu erweitern, die Schulung ihrer Mitglieder, insbesondere der jungen, sicherzustellen und die Disziplin und Einheit der Führungsgruppe nicht zu gefährden: Wir wissen, dass es immer wieder Versuche politischer Korruption gegen die Parteiführung geben wird, wie es bereits in der Vergangenheit und sogar von Gruppen, die uns scheinbar nahestehen, geschehen ist.

1.2.4. Der historische atlantistische Hegemonialblock hat sich geschickt die »antifaschistische« Rhetorik zu eigen gemacht, um die Linke zu verwirren, ihre Symbole zu nutzen und ihre Aufmerksamkeit auf sekundäre Ziele zu lenken. Obwohl der primäre Widerspruch heute sicherlich nicht Faschismus/Antifaschismus ist, sondern vielmehr zwischen atlantischer Unipolarität (d.h. Imperialismus und Neoliberalismus) und Multipolarität (d.h. einem Beziehungssystem, das von der gegenseitigen Zusammenarbeit souveräner Nationen bestimmt wird und in dem öffentliche Eingriffe in die Wirtschaft möglich sind), beharrt das vorherrschende Narrativ auf dem Gegen teil und hebt beispielsweise die Aktionen rassistischer Splittergruppen hervor, die regelmäßig mit anarchistisch geprägten »Antifa«-Gruppen zusammenstoßen, die sich von den Herrschenden für Auseinandersetzungen instrumentalisieren lassen, die keinen Einfluss auf das politische Kräfteverhältnis haben. Ihnen schließen sich diejenigen an, die jede auch nur annähernd autoritäre rechte Äußerung vereinfachend als »faschistisch« bezeichnen. So wird die kriegstreiberische EU, die die Zensur wiederentdeckt und die Zahl der Wahlkandidaten (wie in Rumänien) begrenzt hat, absurdweise »antifaschistisch«, während jeder, der ihre kriegstreiberische und russophobe Dynamik zügelt (sei es ein Konservativer wie Ungarns Orban, ein Sozialdemokrat wie der Slowake Fico oder eine Marxistin wie die Deutsche Wagenknecht), sofort als »faschistisch« oder »rotbraun« abgestempelt wird. Wir beteiligen uns nicht an diesem diffamierenden Spiel der Ächtung abweichender Meinungen: Wir wissen genau, dass der heutige Faschismus, wenn es ihn denn gibt, ausschließlich der Kriegspolitik des atlantischen Imperialismus entspringt, der nur bei Bedarf auf Organisationen zurückgreift, die mit rechtsextremer Subversion verbunden sind. Die »Antifa«-Rhetorik, die heute von Trotzkisten instrumentalisiert wird, um die Linke zu täuschen, ist purer Opportunismus: Es ist nicht nur absurd, vom Aufbau einer »Brandmauer gegen die extreme Rechte« zu sprechen, nachdem man der ukrainischen

Bandera-Diaspora die Teilnahme an der 1.-Mai-Demo in Bellinzona gestattet hat, es wird zudem zu einem Widerspruch, wenn der angebliche antifaschistische Kampf gegen das Prinzip der Neutralität der Schweiz geführt wird.

1.3. Die Stellung der Schweiz in der Neuen Weltordnung und ihre Neutralität

1.3.1. Die internationale Positionierung der Eidgenossenschaft beeinflusst die Innenpolitik stark, was sich letztlich auf den Alltag der Lohnabhängigen auswirkt: Die durch die atlantische Hegemonie bedingten Einschränkungen der Schweizer Wirtschaft sind gravierend und hindern sie daran, die positiven Eigenschaften unseres Landes in den Dienst einer auf friedlicher Zusammenarbeit basierenden menschlichen Gemeinschaft zu stellen. Die erste Aufgabe besteht daher darin, alles zu tun, um die Schweiz schrittweise unabhängiger vom atlantischen System zu machen, damit sie tatsächlich als Brücke zwischen West und Ost dienen kann. Wir beharren seit vielen Jahren auf diesem Mandat, doch neu ist heute die positive Ausrichtung Chinas mit einer deutlich aktiveren Diplomatie: sie bietet das Potenzial für eine globale Alternative, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in anderer Hinsicht, die auch der Schweiz eine andere geopolitische Positionierung ermöglicht, und zwar nicht notwendigerweise mit ideologischen Implikationen. Unsere Aufgabe als Schweizer Kommunisten ist es, alle Forderungen, die unser Land in diese Richtung drängen, nach Kräften zu unterstützen: Dies bedeutet, die Neutralität und Diversifizierung unserer wirtschaftlichen, kommerziellen, finanziellen und militärischen Partner zu verteidigen, um unsere nationale Souveränität zu stärken. Dazu müssen wir nicht nur die Arbeiter mobilisieren, sondern auch jene produktiven und patriotischen Teile der Bourgeoisie, die die positiven Aussichten der Multipolarität erkennen. Auch aus dieser Perspektive müssen wir uns von einer Kultur der Minderheitenmentalität befreien, die uns zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Es geht jedoch nicht darum, das Kind mit dem Bade auszuschütten: Wir brauchen keine »Neuismen«, der dialektische Materialismus reicht aus, um eine sich verändernde Realität zu interpretieren; wir brauchen keine anderen Ideologien, die wissenschaftliche Methode des Marxismus-Leninismus genügt.

1.3.2. »Das gefährlichste Jahr für unser Land wird 2027 sein«, erklärte der Armeechef im Februar 2025. Die atlantisch-bürgerlichen Kreise, die den Generalstab (Gst) infiltriert haben, wollen unsere Jugend auf den Krieg vorbereiten. Anstatt darüber nachzudenken, wie das Land von Konflikten ferngehalten werden kann, die sich aufgrund des wahnsinnigen Wettrüstens der EU und der Provokationen der NATO

und Israels auszuweiten drohen, legen sie den Grundstein dafür, dass die Schweiz selbst zur Zielscheibe wird: Der Beitritt zu *SkyShield* ist dafür ein klares Beispiel. Von der Propaganda als Schutzschild verkauft, macht er uns in Wirklichkeit zum Teil eines kriegerischen Blocks, der Russland (und künftig auch China) offen feindlich gesinnt ist. Die technologischen Beschränkungen, die nicht nur die Kampfflugzeuge F-35A und die Boden-Luft-Batterien Patriot betreffen, sondern praktisch alle an unsere Armee gelieferten Waffensysteme, machen diese politisch und operativ von der NATO abhängig. Es ist daher kein Zufall, dass das neue Statut der Kommunistischen Partei die Neutralität der Schweiz als wesentliches Element unseres politischen Handelns hervorhebt. Sie liegt im besten Interesse der Arbeiterklasse, denn sie ermöglicht es ihr einerseits, sich nicht an Kriegsabenteuern beteiligen zu müssen, und schwächt anderseits die Macht der »Heimatausverkauf«-Fraktion der Schweizer Bourgeoisie, die nicht sehr im Land verwurzelt ist und sich daher unkontrollierbaren globalen Interessen (auch aus wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Sicht) stärker unterwirft.

1.3.3. Die skandalöse Absicht der Bundesversammlung, das Kriegsmaterialgesetz zu lockern, sollte uns Anlass geben, ernsthaft darüber nachzudenken, es per Referendum anzufechten. Es liberalisiert nicht nur den (Re-)Export von Waffen in einige der gefährlichsten Länder, sondern ermächtigt den Bundesrat auch, die Liste dieser Staaten nach Belieben und ohne parlamentarische Kontrolle zu erweitern. Man darf jedoch nicht vergessen, dass die Verantwortung für diesen Rückschritt auch bei der Linken liegt, die erst jetzt – und mit schuldhafter Verzögerung – leise Empörung äußert. Indem sie sich weigert, die Neutralität zu verteidigen, hat sie sich jedoch den Vorgaben von EU und NATO gebeugt, drei Jahre lang einen russophoben Diskurs geführt und ist sogar so weit gegangen, die Notwendigkeit einer Bewaffnung des Kiewer Regimes zu befürworten (dasselbe Regime, das in der Zwischenzeit ukrainische Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten und Antifaschisten unterdrückt hat). Auf diese Weise hat sie zu dem kulturellen Fundament beigetragen, das es heute erleichtert, die Verfälschung dieses Gesetzes und die Feindseligkeit eines Teils der Bevölkerung gegenüber Schwellenländern zu rechtfertigen. Diese Linke arbeitet daher effektiv daran, jede sozialistische Hypothese zu widerlegen und die Massenunterstützung für den Krieg zu fördern. Es genügt zu erwähnen, dass selbst die Schweizer Sozialdemokratie (ganz zu schweigen von den Trotzkisten), die noch vor wenigen Jahren offen gegen den Export von Kriegsmaterial war, heute jedoch die entgegengesetzte Position vertritt: Ein solch radikaler Widerspruch lässt uns fragen, ob ein Prozess der systematischen Unterwanderung der Schweizer Linksparteien im Gange ist.

1.4. EU und NATO: Die Hauptfeinde des Schweizer Volks

1.4.1. Die Kommunistische Partei wird noch nicht, wie wir es uns wünschen, als absolute Oppositionspartei zu EU und NATO wahrgenommen. Es ist jedoch entscheidend zu wissen, dass es auch in der Schweiz eine patriotische Linke gibt, die sowohl des kriegstreiberischen Atlantizismus als auch des aggressiven, antisozialen Europäismus überdrüssig ist. Diese Wahrnehmung ist so entscheidend, dass sie als neue Etappe unseres historischen Wandels hin zur »Normalisierung« verstanden und entschlossen vorangetrieben werden muss, wobei sich jedes Mitglied für seine Verbreitung einzusetzen hat. Kurz gesagt, es ist entscheidend, die vereinfachende Dichotomie der Medien zu vermeiden, wonach einerseits die Linke »zwangsläufig« kosmopolitisch, proeuropäisch und intellektuell zu sein hat (obwohl sie historisch das Gegenteil war); andererseits die Rechte, die als »souveränistisch« und populistisch dargestellt wird (obwohl sie in Wirklichkeit die Interessen von Eliten vertritt, die alles andere als an ihr Territorium gebunden sind). Dieses Narrativ schließt nicht nur unsere Partei von der Debatte aus, sondern führt auch dazu, dass Arbeiter aus reinem gesunden Menschenverstand heraus rechts wählen. Wenn wir uns jedoch von der Masse abheben wollen, können wir uns nicht auf die Mainstream-Medien verlassen, sondern müssen auf unsere eigenen militanten Kräfte zurückgreifen. Und auch in der Kommunikation gibt es noch viel Raum für Verbesserungen, selbst auf individueller Ebene.

1.4.2. Wir wissen, dass die EU ein Nebensystem der NATO ist: Die beiden supranationalen Einheiten müssen daher als Teil eines einzigen imperialistischen Plans gegen die Arbeiterbewegung und die Volkssouveränität betrachtet werden. Diese Interpretation gilt auch für die kürzlich zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ausgehandelten Bilateralen Abkommen III. Diese stellen nicht nur eine Neuauflage des berüchtigten »Rahmenabkommens« unter anderem Namen dar, sondern auch eine neue Stufe der nationalen Unterdrückung: Während die Bilateralen Abkommen I und II vor allem wirtschaftlicher Natur waren, sehen wir uns hier einem heftigen Angriff auf die institutionelle Souveränität des Bundes gegenüber. Dies ist ein Verrat sowohl an den Klasseninteressen der Arbeitnehmer als auch an unseren nationalen Interessen. Die EU verlangt faktisch, unseren Service public abzubauen, und der Bundesrat hat dies akzeptiert: Die Liberalisierung des Schienenverkehrs und des Strommarktes wird zu explodierenden Preisen, zum Nachteil der Lohnabhängigen und kleiner Unternehmen, führen und die Abhängigkeit unseres Landes vom europäischen Energiemarkt erhöhen. Darüber hinaus ist mit einer Verschlechterung des Lohnschutzes und der Arbeitsbedingungen zu rechnen, insbesondere

angesichts von Verstößen durch Unternehmen aus der EU. Schließlich könnte der Europäische Gerichtshof die Schweiz auch sanktionieren, wenn eine demokratisch per Volksabstimmung getroffene Entscheidung den Wünschen Brüssels widerspricht. Es gibt keine »flankierenden Maßnahmen«, die helfen würden: Die Gewerkschaften können jetzt diese einmalige Gelegenheit nutzen, um in einer sensiblen Frage zu kämpfen, ihre Unabhängigkeit vom pro-europäischen *Diktat* der Sozialdemokraten und der Grünen zu unterstreichen und so eine überzeugende Mehrheit in der Bevölkerung aufzubauen. Man muss endlich den Mut haben (und wir werden ihn haben), eine möglichst breite Einheitsfront mit all jenen (auch denen von rechts) zu bilden, die sich diesem desaströsen »Rahmenabkommen 2.0« widersetzen und ein obligatorisches Referendum fordern.



1.4.3. Da die Schweiz seit 1999 der *Partnerschaft für Frieden* angehört, ist die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs aus den Nachbarländern, die sich alle im Einflussbereich der NATO befinden, gleich null. Auch die Möglichkeit eines ballistischen Angriffs aus weiter entfernten Ländern ist unwahrscheinlich: Nicht nur würde die Rakete (oder Drohne) wahrscheinlich von dem in Deutschland bereits bestehenden Raketenabwehrsystem (unterstützt durch Radar in der Türkei und Abfangraketen, die von Rumänien bis Spanien stationiert sind) abgefangen werden, bevor sie die Schweiz erreicht. Vor allem aber müssen wir, um jedes Risiko zu minimieren, schlicht neutral bleiben, den Dialog mit allen geopolitischen Lagern suchen und die Unterstützung militärischer Bündnisse vermeiden. Eine weitsichtige Verteidigungspolitik eines neutralen Landes sollte zudem genau auf der Diversifizierung der Waffensysteme beruhen und keine technologischen Beschränkungen akzeptieren, die uns daran hindern, uns ohne die Genehmigung Washingtons zu verteidigen. Diese Aussicht auf Souveränität schwindet aufgrund der im Jahr 2024 erfolgten Ernennung des Staatssekretärs für Sicherheitspolitik des Bundes. Diese Ernen-

nung erfolgte offenbar unter Einmischung ausländischer Regierungen (insbesondere der zionistischen), denen es gelang, den vorgesehenen Kandidaten, einen Kandidaten mit nachgewiesener diplomatischer Erfahrung und einem Bekenntnis zum Neutralitätsprinzip, auszuschließen. Wir müssen diese Fragen sowohl unter unseren Unterstützern als auch im Ausland weiter verbreiten und dürfen sie nicht auf das Zentralkomitee beschränken.

1.5. Die Risiken des Krieges und ihre Auswirkungen auf den Alltag der Lohnabhängigen

1.5.1. Frieden ist kein moralischer Zustand, sondern eine historisch bedingte politische Konstellation, die stets ein Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen (wirtschaftlichen, politischen und militärischen) und eine vorübergehende Kristallisation bestehender Widersprüche zwischen Nationen und sozialen Klassen widerspiegelt. Die sich verschärfende Konfrontation zwischen dem atlantischen Imperialismus einerseits und den Schwellenländern anderseits machte die unipolare Ordnung, die mit dem Ende des Kalten Krieges entstanden war, faktisch unhaltbar und macht objektiv die Notwendigkeit eines neuen Gleichgewichts auf der Grundlage anderer Machtverhältnisse erforderlich. Angesichts der NATO-Osterweiterung, die eine wachsende Bedrohung für die Sicherheit Russlands und der gesamten eurasischen Region darstellt, hat sich die Hoffnung, die neue multipolare Ordnung könne allein durch die wirtschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte der Schwellenländer friedlich erreicht werden, leider als vergeblich erwiesen. Solange der Imperialismus existiert, bleibt die Gefahr eines umfassenden Krieges an der Tagesordnung, auch wenn China zu Recht weiterhin Zurückhaltung und Vorsicht walten lässt, davon ausgehend, dass seine wirtschaftliche und technologische Stärke den Akkumulationsbedarf des westlichen Kapitalismus vielleicht noch auffangen kann, bevor sich dieser für eine direkte Konfrontation entscheidet. Es ist klar, dass das langjährige Ziel westlicher Regierungen darin besteht, Peking in die Enge zu treiben. Im Indopazifik werden wir daher Farbrevolutionen und institutionelle Putsche erleben, um pro-chinesische Regierungen zu stürzen. Zudem ist mit militärischen Operationen unter falscher Flagge zu rechnen, um die Ausweitung des Krieges zu »rechtfertigen«.

1.5.2. Über die menschlichen Tragödien hinaus drohen uns, sollte der Krieg gegen Russland die EU direkt betreffen, wie die skrupellosen Eliten in Brüssel (und London) hoffen, auch sehr ernste Szenarien, auf die wir (selbst als Partei) praktisch nicht vorbereitet sind. Nicht nur hofft ein beträchtlicher Teil der Schweizer Armeeoffiziere be-

reits, dass unsere Soldaten im Dienste der NATO an militärischen Abenteuern im Ausland teilnehmen; auch ohne eine solche katastrophale Möglichkeit wären die sozialen und demokratischen Folgen für die Arbeiterklasse verheerend. Die ohnehin limitierte Gewerkschaftsfreiheit würde unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit weiter eingeschränkt, ebenso wie der Spielraum für politisches Handeln und freie Meinungsäußerung. Die Verhinderung einer Ausweitung des Krieges hat daher derzeit Priorität, da die Folgen auch in unserem Land zu einem autoritären Vorgehen führen könnten. Man muss sich dabei nicht einmal ansehen, was im Ausland passiert (die annullierten Wahlen in Rumänien, der Rechtsstreit um das Verbot der KSČM in der Tschechischen Republik usw.). Es reicht, an die Sperrung von Bankkonten und die Zensur kultureller Veranstaltungen mit russischen Künstlern, an die Entfernung antizionistischer Professoren von Schweizer Universitäten, an die beispiellose Unterdrückung der studentischen Solidaritätsbewegung mit Palästina und an die systematische Diskreditierung unserer Partei zu erinnern, um zu verstehen, dass auch in unserem Land die Gefahr eines autoritären Rückschritts besteht, der von Kräften der liberalen und reformistischen Mitte vorangetrieben wird. Es ist beunruhigend, dass die Linke nicht nur freiheitsfeindliche Thesen unterstützt (Verherrlichung sogenannter Faktenprüfer, Verbot »extremistischer« Symbole usw.), sondern auch nicht erkennt, dass die Gefahr eines Weltkriegs aufgrund der EU und der NATO hoch ist. Stattdessen wiederholt sie konformistische Propaganda, die nur jene angeblichen »Autokraten« verurteilt, die von ihnen abgelehnt werden (den Serben Vučić, den Türken Erdogan usw.).

1.5.3. Ein Weltkrieg ist für niemanden rational: Die globalen Ambitionen des Westens werden durch den Rückgang der Produktion und der militärischen Stärke sowie durch demografische Probleme behindert. Die europäische Militarisierung (mit amerikanischen Waffen) und die starre Blockaufteilung in einem »Kalten Krieg 2.0« erscheinen daher als verzweifelter Versuch der atlantistischen Elite, ihre Profite zu sichern, indem sie die Kosten auf die Arbeiter abwälzt, die Demokratie einschränkt und Sündenböcke schafft, um den Bürgern weitere Opfer abzuverlangen. Phänomene ausschließlich auf ökonomische Begriffe zu reduzieren, ist jedoch ein Fehler: Gramsci lehrte uns, dass Krieg, so irrational er aus struktureller Sicht sein mag, seine Ursachen auch allein im Überbau haben kann. Das Auslösen von Kriegen durch den Imperialismus kann also auch nur aus den aktuellen innenpolitischen Notwendigkeiten einer bestimmten Fraktion der Bourgeoisie resultieren. Deshalb ist es unsere Aufgabe, uns auf das Schlimmste vorzubereiten und in der Zivilgesellschaft, in der Schule und in den Gewerkschaften gegen das indifferent-konformistische Verhalten

zu kämpfen – damit die Arbeiterklasse beginnt, die Einberufung ihrer Kinder in die Kaserne und den Übergang zu einer Kriegswirtschaft abzulehnen. Bei all unseren öffentlichen Aktionen ist es notwendig, den Zusammenhang zwischen a) der atlantistischen und kriegstreiberischen Politik, die sich Neutralität und internationaler Solidarität widersetzt, b) dem Abbau öffentlicher Dienstleistungen und des Wohlfahrtsstaates sowie dem Preisanstieg und c) der Einschränkung der Demokratie hervorzuheben. Auf der Grundlage dieses dreifachen Zusammenhangs können wir die Verbindung zwischen Friedens- und Arbeiterbewegung tatsächlich stärken und die Arbeiter (aber auch einen Teil der Bourgeoisie) aus der NATO-Propaganda befreien. Es muss berücksichtigt werden, dass jede Entscheidung der herrschenden Klasse in einer Krisengesellschaft die Unzufriedenheit verschärft und selbst in einer konservativen Realität wie der unsrigen Türen für unvorhersehbare soziale Konflikte öffnet: Partei und Gewerkschaften müssen auf solche Situationen stets vorbereitet sein!

2. Die Partei auf das Risiko autoritärer Umwälzungen und Kriege vorbereiten: demokratische Wachsamkeit erhöhen, Pluralismus und Volkseinheit fördern

2.1. Dem Parlament wieder eine zentrale Rolle geben; gegen die Entwertung der Institutionen; den Pluralismus verteidigen

2.1.1. Wir haben kürzlich die drohende 4-Prozent-Hürde für die Wahl zum Tessiner Parlament abwenden können. Wir sind uns jedoch bewusst, dass in vielen Kantonen Quoren existieren, um die Repräsentation zu minimieren, und bald wird auch im Tessin erneut über eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl und die Einführung eines Majorzwahlsystems diskutiert, das nicht nur übermäßige Personalisierung auf Kosten politischer Inhalte, sondern auch Kandidaten mit höheren finanziellen Mitteln für den Wahlkampf bevorteilt. Dies ist ein allgemeiner Trend. Er wird begünstigt durch das Klima des institutionellen Verfalls, der demokratischen Gremien ihre Macht entzieht, und wird auch dazu beitragen, abweichende Stimmen in Zukunft zum Schweigen zu bringen.

2.1.2. In unserem Land erleben wir einen besorgniserregenden Qualitätsverlust der Spitzenträger: Nachlässigkeit und Dilettantismus sind in der akademischen, diplomatischen und politischen Welt und sogar in der Justiz deutlich spürbar. Die Aufteilung in Parteien, die zumindest theoretisch einen gewissen Ausgleich (und damit Stabilität) zwischen den verschiedenen Interessen in der Klassengesellschaft gewährleistet, kann nicht mehr lange funktionieren. Insbesondere, wenn die politischen Parteien darauf verzichten, innerhalb ihrer Reihen für Führungen zu sorgen, die – über die unterschiedlichen legitimen Meinungen und Sensibilitäten hinaus – über ein Kaliber verfügen, das der Funktion in Bezug auf die kulturelle Haltung (jenseits des Schulabschlusszeugnisses) gerecht wird. Geschieht dies nicht bald, wird die Entwertung der Institutionen weitergehen und die Entfremdung der Bevölkerung zunächst von der Politik und dann vom Staat als solchem unvermeidlich sein. Als Marxisten interessiert uns die Glaubwürdigkeit der Institutionen insofern, als die Kräfteverhältnisse, die zur Überwindung der Institutionen und den Aufbau neuer notwendig sind, noch nicht bestehen: Sich, wie manche Linksextremisten, einzureden, dazu würde eine Ansammlung revolutionärer Kräfte genügen, ist purer Opportunismus. Im Gegenteil: Diese Unzufriedenheit öffnet Tür und Tor für eine neolibrale, eigennützige Kultur, die Privatisierung und Passivität legitimiert. Wir müssen daher einerseits bei der Bildung des Führungsteams und bei unseren Kandidaturen für verschiedene gewählte Positionen (Gemeinderat, Grossrat usw.) oder für

Positionen, die sich aus den Vorrechten institutioneller Parteien ergeben (Experten, Mitglieder von Kommissionen usw.), auf Strenge bestehen – zumindest wir selbst; anderseits müssen wir den Pluralismus innerhalb der Institutionen, ihre Zugänglichkeit und ihre demokratische Kontrolle verteidigen. Heute sind wir die einzige Schweizer Partei, die die »Milizpolitik« offen kritisiert, welche nicht mehr in der Lage ist, qualitativ hochwertige parlamentarische Arbeit zu gewährleisten, und die einzige und allein dazu dient, eine immer stärkere Zentralisierung der Macht in der Exekutive oder, schlimmer noch, bei Beamten und Technokraten zu rechtfertigen. So unpopulär es in einer Gesellschaft auch sein mag, die ständig mit »Anti-Kasten«-Slogans bombardiert wird, müssen wir den Mut haben, dieses Narrativ zu entlarven, das in Wirklichkeit dazu dient, die Volkssouveränität weiter zu untergraben.

2.1.3. Die anhaltenden Sparmaßnahmen von Bund und Kantonen tragen zu einer Verschlechterung des Service public und der allgemeinen Leistungen gegenüber dem Bürger bei. Nicht nur wird das Leistungsangebot reduziert, durch fehlendes Personal und verkürzte Lieferzeiten kommt es auch zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust: von geringerer räumlicher Nähe bis hin zu Oberflächlichkeit und Verzögerungen. Dies wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Service public und ihre Mitarbeiter untergraben und Outsourcing und Marktliberalisierung begünstigen. In den kommenden Jahren ist mit massiven Angriffen auf den Service public zu rechnen. Unsere Mitglieder müssen daher unverzüglich eine umfassende Kampagne für eine möglichst breite gewerkschaftliche Organisierung von Kollegen und Studenten starten und so deren Reaktionsfähigkeit stärken. Unsere Partei hat sich bereits für das Bundespersonal eingesetzt, dem kürzlich Kürzungen bei den Teuerungszulagen, kürzere Ferien für ältere Arbeitnehmer und weitere Kürzungen angekündigt wurden; allerdings muss mit der gleichen Intensität die Volksinitiative der SVP bekämpft werden, die eine Reduzierung der Zahl der Beamten im Kanton Tessin vorsieht (was inzwischen von den Zürcher Freisinnigen auch für ihren Kanton aufgegriffen wurde).

2.2. Der Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus darf nicht aufgegeben, sondern muss an die Erfordernisse der neuen Phase angepasst werden

2.2.1. Das Militär spielt massiv mit den Ängsten der Bevölkerung, deren Wahrnehmung durch die einseitigen Narrative und den alarmistischen Ton der Mainstream-Medien, Social-Media-Influencer und leider auch einiger Lehrer geschickt manipuliert wird. Neben den zunehmend einseitigen Nachrichtensendungen gibt es auch Formate, die sich hauptsächlich an ein junges Publikum richten und in denen regel-

mäßig und wie nie zuvor vereinfachend über Armee und Militärdienst berichtet wird, wodurch Themen der Sicherheitspolitik trivialisiert werden. Dies trägt dazu bei, ein Klima der Angst zu schaffen, das nicht nur das Wettrüsten, sondern auch die Liberalisierung der Gesetze für den Export von Kriegsmaterial, die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen und die Möglichkeit rechtfertigt, zunächst Auffrischungskurse in Partnerländern zu organisieren und Schweizer Soldaten dann direkt in Kriegseinsätze im Ausland zu schicken (euphemisiert mit dem Begriff »Friedenssicherung«).

2.2.2. Die Abschaffung der Armee war eine historische und wichtige Forderung der Schweizer Linken: Sie trug nicht nur dazu bei, die übertriebene Mythologisierung einer zuvor nahezu unantastbaren Institution zu demontieren, sondern prägte vor allem das politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnis, das die Entkriminalisierung der Kriegsdienstverweigerung, verbesserte Dienstbedingungen für Rekruten und die Reduzierung der Zahl aktiver Soldaten ermöglichte. Es war daher richtig, diese Volksinitiativen 1989 und 2001 zu unterstützen. Heute jedoch erfordert der historische Moment eine Anpassung unserer Taktik. Es geht nicht darum, die marxistische Kritik am bürgerlichen Militarismus aufzugeben, sondern darum, unrealistische und unnötig spaltende Forderungen zu vermeiden. Stattdessen sollten wir versuchen, eine möglichst breite Einheit mit jenen aufzubauen, die zwar aus gutem Glauben (aus Uneigennützigkeit, nicht aus Abenteurertum und Egozentrismus) eine Uniform tragen, jedoch bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten, um den ausschließlich defensiven Charakter der Schweizer Armee zu verteidigen und ihre strikte Neutralität gegenüber beispielsweise der NATO und der Rüstungsindustrie zu gewährleisten: Dies ist in der Tat die absolute Priorität in dieser turbulenten und gefährlichen Zeit. Als Kommunisten müssen wir lernen, mit jenen demokratischen, aufrichtig patriotischen Stimmen zusammenzuarbeiten, die militärische Neutralität befürworten und ihren Dienst nicht als autoritäre Unterdrückung, sondern als Unterstützung der Bevölkerung begreifen.

2.2.3. Was bisher zum Ausdruck gebracht wurde, darf jedoch nicht in Opportunismus umschlagen: Unsere pazifistischen Prinzipien bleiben unangetastet, und das beweisen wir im Kampf für den Zivildienst (ZD) als Ersatz für den Militärdienst. 1996 erstritten, nach erbitterten Kämpfen, die sogar zu Gefängnisstrafen für Kriegsdienstverweigerer (davon viele unserer Genossen) führten, und obwohl es sich um ein in der Bundesverfassung verankertes Recht handelt, steht der ZD heute unter heftigen (und ständigen) Angriffen! Trotz jahrelangen Versuchen, ihn weniger attraktiv zu machen, und trotz mangelnden Informationen entscheiden sich immer mehr junge Menschen für ihn, um der Wehrpflicht zu entgehen. Wir müssen dieses Recht nicht nur

im Hinblick auf die Einsatzbedingungen verteidigen und den größtmöglichen freien Zugang für alle Wehrpflichtigen fordern, sondern wir müssen es auch aktiv unter jungen Menschen und insbesondere unter unseren Aktivisten fördern, die aufgerufen sind, mit gutem Beispiel voranzugehen. Der ZD stellt einerseits ein demokratisches Recht dar, das geschützt werden muss (indem er dazu beiträgt, weniger politisierte junge Proletarier vom Eintritt in die Armee abzuhalten); anderseits ist es aber auch eine konkrete Möglichkeit, die pro-atlantische Indoktrinierung der neuen Generationen zu vermeiden und so die jungen Schweizer davor zu schützen, zu »Kanonenfutter« im Auftrag der NATO zu werden, die mittlerweile die Führungsetagen der Armee und des Eidgenössischen Departements für Verteidigung infiltriert hat. Der ZD ist jedoch mehr als das: Er stellt für unsere jüngeren Aktivisten eine Bildungsmöglichkeit dar, in engen Kontakt mit einem Teil der Arbeiterklasse zu kommen, der in Sektoren tätig ist, die oft nicht mit ihrem zukünftigen Karriereweg übereinstimmen. So können sie in eine neue Klassenrealität eintauchen, sie aus erster Hand erfahren, und sogar Gelegenheit haben, mit der Gewerkschaftsbewegung in Kontakt zu kommen. Die Kommunistische Partei und ihre Jugendorganisation müssen daher ihren Teil dazu beitragen, dass etwaige Gesetzesverschlechterungen in diesem Bereich nicht nur per Referendum bekämpft werden, sondern auch die Pro-ZD-Haltung in allen Bereichen der Gesellschaft fördern, insbesondere in der Studentenvertretung und an den Studentenversammlungen, aber auch in den Pädagogischen Hochschulen und der Lehrergewerkschaft (die nicht nur dazu beitragen können, junge Menschen über ihr verfassungsmäßiges Recht, sich für den ZD zu entscheiden, aufzuklären, sondern auch zu verhindern, dass militaristische Propaganda in die Schulen gelangt). Es liegt auch in unserem Interesse, Zivilisten zu ermutigen, dem Schweizerischen Zivildienstverband (CIVIVA) und der Schweizerischen Friedensbewegung beizutreten.

2.2.4. 2013 leistete unsere Partei insbesondere in der italienischsprachigen Schweiz einen entscheidenden Beitrag, indem sie Unterschriften sammelte und für die – leider in einer Volksabstimmung abgelehnte – Initiative für einen freiwilligen Militärdienst agitierte. Viele, auch aus dem linken Lager, kritisierten uns, weil sie befürchteten, dass so eine Söldnerarmee entstehen könnte, und diskutierten sogar über unrealistische Hypothesen, die Streitkräfte zu infiltrieren, um sie zu demokratisieren. Unsere Partei hingegen erkannte mit größerer Klarheit und einem materialistischeren Ansatz sowohl die Rolle der Rekrutenschule als Instrument der sozialen Kontrolle und Disziplinierung als auch die mit dem Niedergang des Westens aufkommenden Anzeichen von Kriegstreiberei. Zwölf Jahre später geben uns die Fakten Recht: In ganz Europa organisiert sich die frühere Entscheide bereuende

Bourgeoisie neu, um die Wehrpflicht zumindest teilweise wieder einzuführen, die Wirtschaft zu militarisieren und neue Generationen mit einer grotesken Aufopferungsrhetorik zu indoktrinieren. In der Schweiz manifestiert sich dies nicht in einem unerbittlichen und anhaltenden Angriff auf die Rechte der Zivilbevölkerung, sondern auch in hinterhältigen Reformvorschlägen wie der Fusion des Zivilschutzes mit dem Zivildienst oder der Initiative für den sogenannten »Bürgerdienst«, einem wahren Ablenkungsmanöver. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die heuchlerische Haltung der nationalistischen Rechten (SVP, Lega usw.): Einerseits bekennen sie sich zu Recht zur Neutralität und lehnen den Reexport von Waffen an das Kiewer Regime ab; anderseits unterstützen sie unkritisch einen Militarismus und eine Wiederaufrüstung, die gerade heute voll und ganz den amerikanischen Interessen und der Kriegspolitik dienen, in die uns die NATO verwickeln will.

2.2.5. Seit zwanzig Jahren ist die Hotline »SOS Rekruten« einer der beliebtesten selbstverwalteten Dienste der Unabhängigen Studenten- und Lehrlingsgewerkschaft (SISA). Sie hat auch Fälle von Missbrauch und Gewalt (Kollektivstrafen, Schikanen usw.) aufgedeckt, die anschließend zum Eingreifen der Militärpolizei führten. Dieser Dienst sollte daher gestärkt werden, und auch wir können helfen, indem wir unsere Mitglieder (insbesondere, aber nicht beschränkt auf die Kommunistische Jugend) zur Verfügung stellen und entsprechende Schulungen zur Durchführung der Beratungen anbieten. Nie zuvor wie in dieser Phase globaler Unsicherheit und der Ausrichtung unserer Armee auf die Interessen der NATO bedeutet die Befreiung der Rekruten aus den Kasernen nämlich, zu verhindern, dass die neuen Generationen unnötig ihr Leben riskieren und zu Objekten in den Händen der herrschenden Klasse werden. Neben den Diskussionen um eine bevorstehende Gesetzesänderung zur Genehmigung von Auslandseinsätzen von Wehrpflichtigen bereitet uns auch die Schlampelei vieler unfähiger Ausbilder der Armee in Sachen Sicherheit Sorge (allein in diesem Sommer landeten rund zehn Rekruten im Krankenhaus, nachdem sie bei sengender Hitze zum Training gezwungen worden waren).

2.3. Die Schule sollte pluralistisch sein und die Schüler auf kritisches Denken vorbereiten, nicht auf kulturelle Homogenität

2.3.1. Von Politikern allzu oft übersehen und selbst von Gewerkschaften nicht immer ausreichend berücksichtigt, ist es wichtig, den Fokus wieder auf Vorschulen und Grundschulen zu richten. Nicht nur, weil hier die Grundwerte des Gemeinschaftslebens, der Gerechtigkeit und der Solidarität an die neuen Generationen weitergegeben werden, sondern auch, weil es in der kommunalen Verantwortung Un-

terschiede im Lehrplan geben kann, die nicht toleriert werden sollten. In diesem Sinne sind wir stolz darauf, im vergangenen Jahr den Kampf zur Rettung der dritten Sportlektion an den Schulen im Kantons Tessin erfolgreich geführt zu haben. Die Aufmerksamkeit für die Grundschulbildung muss nicht nur unsere in diesem Sektor tätigen Aktivisten betreffen, in der Hoffnung, dass sie das Dokument über Arbeitsbelastung, Prekarität und Härten von Lehrkräften innerhalb der Gewerkschaft VPOD und in Schulversammlungen proaktiv diskutieren. Auch unsere Vertreter in den Exekutiven und den Parlamenten können einen bedeutenden Beitrag leisten. Drei parlamentarische Gesetzesentwürfe, die wir dem Tessiner Grossen Rat vorgelegt haben, fügen sich in diesen Rahmen ein: Der erste zielt darauf ab, sicherzustellen, dass der Unterricht in Bildender Kunst, Sport und Musik an kommunalen Schulen von Lehrkräften mit spezifischer Ausbildung erteilt wird; der zweite darauf, längere Vertretungen automatisch in Vertragsstellen umzuwandeln, und der dritte (der unter den Beschäftigten im Schulwesen aktiv thematisiert und als Diskussionsgrundlage dienen soll), dass das System der Lehrbefähigung nicht nur wieder in den Modus »en emploi« zurückkehrt, sondern auch unter die direkte Verwaltung des Kantons gestellt wird. Es ist jedoch wichtig, einen rein gewerkschaftlichen Ansatz zu vermeiden, sondern den Fokus auch auf pädagogische Fragen zu legen und so den Schulen ihre Rolle zur Förderung der Chancengleichheit zurückzugeben: Die Bekämpfung der Fragmentierung und der kompetenzbasierte Ansatz im Unterricht müssen daher wieder in unseren Fokus rücken. In diesem Sinne müssen die kommunistischen Studenten innerhalb der Unabhängigen Studenten- und Lehrlingsunion (SISA) eine vergleichende und kritische Analyse sowohl des neuen Rahmenstudienplans für Sekundarschulen (PQS) als auch jenes für die Berufsmaturität fördern.

2.3.2. Das Recht auf Bildung ist ein zentraler Aspekt der Demokratisierung der öffentlichen Schulen, dem unsere Partei, auch dank ihrer traditionellen Verbindungen zur SISA, stets große Aufmerksamkeit gewidmet hat. Neben der historischen Forderung nach der Abschaffung von Darlehen zur Erhöhung der Stipendien stellt sich ein unvermeidliches Problem hinsichtlich der Bildungschancen und insbesondere der Schulmaterialien (die zunehmend teurer werden und nicht immer vom Staat gestellt werden) – eine Herausforderung für Alleinerziehende mit geringem oder unregelmäßigem Einkommen. Dies kann sich auch auf die Wahl des Bildungsweges auswirken: eine Entscheidung, die nicht aufgrund von Fähigkeiten, sondern aufgrund von Kosten getroffen wird. Die jüngste Kampagne gegen die Schließung des Studentenhauses in Bellinzona, die von der SISA vor Ort und von unserer Partei im Tessiner Parlament angeführt wurde und zu einem Teilsieg führte, stellte genau die-

ses Problem in den Mittelpunkt: das Risiko, dass geografische Distanzen (und die damit verbundenen Kosten für Transport und Unterkunft) Studierende aus den Tälern von bestimmten Studiengängen abhalten könnten. Dieses Thema muss in Zukunft verstärkt werden, um Sparmaßnahmen und die Abkehr öffentlicher Einrichtungen zu verhindern. Mit dem Recht auf Bildung sind aber auch zwei weitere Aspekte verbunden: a) die Ausweitung des Brückenkurses auf ein zweites Gymnasium im Kanton Tessin und die Bereitstellung dieser Bildungsmöglichkeit in der ganzen Schweiz; und b) die Überwindung des leistungsorientierten Unterrichts an den Tessiner Mittelschulen sowie generell die Forderung nach einem weniger selektiven, inklusiven Schulsystem in der ganzen Schweiz: Denn die frühe Selektion wird immer auch von der sozialen Herkunft beeinflusst.

2.3.3. Viele unserer Aktivisten studieren Geschichte, doch diese Fähigkeiten werden weder intern noch extern ausreichend geschätzt. Das Studium der Geschichte verdient daher auch seitens der Partei einen strukturierteren Beitrag. Es handelt sich nämlich um einen zentralen Bereich im Prozess der Schaffung einer kulturellen Hegemonie, mit der eine Gesellschaft und folglich auch der historische Block, der sie lenkt, geformt wird. Auch weißrussische, russische und chinesische marxistische Akademiker haben dies verstanden, und es ist kein Zufall, dass sie uns gelegentlich um ein Gespräch gebeten haben, um die unterschiedlichen Interpretationen bestimmter Ereignisse zwischen West und Ost zu verstehen (zum Beispiel in Bezug auf die Analyse des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs). Es wäre wünschenswert, wenn in diesem Bereich, in dem es uns an Fachwissen nicht mangelt, der internationale Austausch verstärkt werden könnte, zum Beispiel mit dem Institut für Geschichte und Literatur der Kommunistischen Partei Chinas oder der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, ohne den Rest Eurasiens, die arabische Welt und Afrika zu vergessen. Wir sind uns bewusst, dass die Pluralität historischer Narrative – mit dem Risiko einer übermäßigen Fragmentierung einer für uns wesentlichen kritischen strukturellen Sichtweise – auch zu Entpolitisierung und Subjektivismus führen kann. Dennoch ist es heute taktisch sinnvoll, die Bedeutung des Pluralismus zwischen verschiedenen historiografischen Strömungen zu betonen. Dies bedeutet einerseits, die Dominanz einer einzigen Methode (die bürgerlichen und atlantischen Klasseninteressen dient) der Geschichtsschreibung (und damit auch ihrer Vermittlung) zu vermeiden und anderseits die kritischsten und fortschrittlichsten Ansätze (historischer Materialismus, Historizismus, die Annales-Schule, dekoloniales Denken usw.) zu legitimieren. Kurz gesagt: Schulen müssen ihre Schüler mit vielfältigen Quellen vertraut machen, um sie in die Lage zu versetzen, die reichhalti-

gen Interpretationen der Geschichte zu verstehen und so die Machtstrukturen zu erkennen, die den offiziellen Narrativen zugrunde liegen. Ausgehend von dieser Anerkennung des Interpretationspluralismus ist es unsere Pflicht, durch Schulungen für Führungskräfte, öffentliche Konferenzen und über unsere Medien einen durchgängig klassenorientierten und marxistischen historiografischen Ansatz zu den Ereignissen anzubieten. Dies gilt natürlich nicht nur für das Geschichtsstudium, sondern auch für die Analyse aktueller Ereignisse, die im Unterricht oft aus eurozentrischer Perspektive diskutiert werden. Eine Zusammenarbeit mit der Freidenker-Vereinigung könnte sich hier als nützlich erweisen und einer säkularen und kritischen Bildung zugutekommen.

2.3.4. Von entscheidender Bedeutung ist der Beitrag der Parteihistoriker in einer Phase, in der die historische Wahrheit über den Kommunismus einem beispiellosen Angriff ausgesetzt ist. Die rechtliche Gleichstellung des Kommunismus mit dem Nazifaschismus ist in der Europäischen Union bereits Usanz, was in vielen Mitgliedstaaten zum Verbot kommunistischer Symbole und zur strafrechtlichen Verfolgung marxistischer Parteien geführt hat. Ohne uns jemals der Illusion hinzugeben, dass es im Kontext der bürgerlichen Gesellschaft eine »neutrale« öffentliche Nutzung der Geschichte geben könnte, muss dennoch festgestellt werden, dass der antikommunistische Revisionismus heute ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat und sogar Wahrheiten in Frage stellt, die selbst in den dunkelsten Jahren des Kalten Krieges als unumstößlich galten. Besonders betroffen ist das historische Erbe der Sowjetunion und deren Beitrag zur Niederlage des Nazifaschismus, die von bestimmten heutigen Geschichtsdarstellungen und Mainstream-Medien lieber als Komplizen denn als erbitterte Feinde abgebildet werden. Dies zielt nicht nur auf die Delegitimierung der kommunistischen Kräfte von heute ab, sondern bietet auch der extremen Rechten Rückhalt, die einerseits als Gefahr für die europäische Integration angeprangert wird, anderseits aber in den osteuropäischen Ländern aufgrund ihrer revanchistischen Haltung als Mittel gegen Russland benutzt wird. Der antikommunistische Revisionismus ist keineswegs nur eine bloße Abrechnung mit der Vergangenheit, sondern zielt darauf ab, die Massen von den marxistischen Idealen zu entfernen und ihre Feindseligkeit sowohl gegenüber China und seinem Entwicklungsmodell als auch gegenüber der Russischen Föderation und ihrem Widerstand gegen den euro-amerikanischen Imperialismus zu schüren. Die Schweiz ist natürlich nicht immun gegen diese Prozesse, deren Auswirkungen sowohl im schulischen Bereich als auch in der öffentlichen und akademischen Debatte zu beobachten sind. Dies stellt die von der Partei verfolgte Politik der Normalisierung vor ernsthafte Hindernisse und

zwingt ihre Historiker, sich gegen die Entwicklung solcher revisionistischen und verfälschenden Tendenzen einzusetzen, indem sie ihnen nicht nur mit Aufklärungsarbeit über die Kanäle der Partei entgegenwirken, sondern auch offen und öffentlich an jeder geeigneten Stelle Paroli bieten. Dies im Bewusstsein, dass nach dem Verlust des Kampfes um die Verteidigung der historischen Wahrheit der Aufbau einer für uns günstigen kulturellen Dominanz von noch schlechteren Positionen als den heutigen auszugehen hätte.

2.4. Bürgerrechte entstehen aus der Entwicklung der Sozialrechte

2.4.1. Seit ihrer Gründung hat unsere Partei friedlich und im Respekt der Gesetze gehandelt und subversive Praktiken abgelehnt. Dies sollte jedoch keine naive Haltung rechtfertigen, die uns daran hindert, autoritäre Tendenzen in der Gesellschaft zu erkennen. Die NATO selbst geht gegen sogenannte »interne Subversion« vor: Zu ihren Zuständigkeiten gehört nämlich auch, auf der Grundlage des sogenannten »Nicht-Artikels 5« zum Krisenmanagement und zur Stabilisierung beizutragen. Für uns bedeutet dies, den Einsatz der Armee bei Aufgaben der öffentlichen Ordnung zu überwachen und abzulehnen, damit keine militärischen Mittel zur Bewältigung politischer Auseinandersetzungen missbraucht werden können. Die verschiedenen Formen der Einschüchterung von Andersdenkenden, der Anwendung von »Notstandsmaßnahmen«, die Reformen der Geheimdienste mit Erweiterung ihrer Funktionen usw. erfordern von uns eine verstärkte Wachsamkeit in Bezug auf Fragen der Sicherheit, der demokratischen Stabilität der Institutionen und der Bürgerrechte. Insbesondere dürfen wir die Transparenz in Bezug auf die Zuständigkeiten in den Befehlsketten sowie die Ausbildung und Kontrolle staatlicher Streitkräfte und privater Überwachungsdienste nicht vernachlässigen. Wir müssen die gewerkschaftliche Organisierung von Beamten unterstützen und das Bewusstsein gegen ihren Einsatz in einer der Arbeiterbewegung feindlich gesinnten Weise schärfen. Außerdem müssen wir eine pragmatische und transparente Parteistrategie entwickeln, um Infiltrationen und andere intolerante Angriffe auf unsere Aktivisten, Veranstaltungen, Büros und Materialien zu bekämpfen; in diesem Sinne ist ein entsprechendes Pflichtenheft für die zukünftige Sicherheitsabteilung zu erarbeiten.

2.4.2. Bürgerrechte und soziale Rechte stehen ständig im Widerspruch zueinander: Um ihre eigene volksfeindliche Politik (Kriege, Privatisierungen, Sozialabbau usw.) zu verschleiern, haben die großen Mitte-Links-Parteien in ganz Europa ihr Image oft durch die Befürwortung progressiver Bürgerrechtsreformen aufgefrischt. Dies führt letztlich zu der weit verbreiteten Annahme, die Linke befasse sich »nur« mit diesen zu-

nehmend nischenhaften Rechten und sei gegenüber den sozialen Rechten, die die Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse direkt betreffen, gleichgültig. Obwohl die Sozialdemokratie in der Schweiz oft unser Verbündeter im Kampf gegen den Abbau des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Dienste ist, wird die Wahrnehmung der Linken in der Bevölkerung nicht nur von ihrem mitunter arroganten intellektuellen Ansatz beeinflusst, sondern auch von den postmodernen Narrativen rund um »Gender«-Theorien und »grünen« Trends, die von einem großen Teil progressiver Meinungsmacher vertreten werden. Wir müssen zum gesunden Menschenverstand zurückkehren, bevor die Massen aus Reaktion (und Verzweiflung) gefährlich rückschrittliche Positionen einnehmen: Die Entscheidungen aller zu respektieren, jegliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zu bekämpfen und Transgender-Personen jede erdenkliche Unterstützung zukommen zu lassen, ist nicht nur legitim, sondern auch richtig und wichtig. Tatsächlich verliert heute eine Person, die eine Geschlechtsumwandlung durchführt und nicht wohlhabend ist, ihren Job und muss von vorne anfangen, häufig ohne eine familiäre Struktur, die sie unterstützt. Übertreibungen wie »Geschlechterfluidität«, »Toiletten für das dritte Geschlecht« in Schulen, »Cancel Culture« in der Kunst oder der Identitätspolitik, die eine zunehmend atomisierte Gesellschaft ankündigen, in der sich jeder in seine eigene Subkultur zurückzieht, sind eine ganz andere Sache. Letztlich dienen diese dem neoliberalen Projekt.

2.4.3. Nur unsere Partei ist qualifiziert, diese Diskussion zu führen, selbst mit konservativen Teilen der Bevölkerung und der Arbeiterklasse: Wir haben es trotz unserer Unterstützung für die Ausweitung der Bürgerrechte (Entkriminalisierung der Abtreibung, eingetragene Partnerschaften zwischen Homosexuellen, Rechte für Transgender-Arbeitnehmer usw.) vermieden, die Themen der LGBT-Gemeinschaft instrumentalisierend zu verwenden. Wir hatten sogar den Mut, die Leichtfertigkeit zu kritisieren, mit der beispielsweise im vergangenen Jahr in den Tessiner Schulen über das Phänomen »Gender« gesprochen wurde, indem es provokativ in den Lehrplan für Kinder aufgenommen wurde. Für uns Marxisten besteht die Priorität darin, soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sowie Ausdrucksformen toxischer Männlichkeit und aller Formen homophober Diskriminierung zu beseitigen, um Einheit in Themen zu schaffen, die aus Klassenperspektive die breitesten Massen der Bevölkerung vereinen. Es geht nicht darum, Bürgerrechte zu gewichten: Es ist keine Frage der »Wichtigkeit«, sondern es ist entscheidend zu begreifen, dass Bürgerrechte sich von sozialen Rechten ableiten. Wenn letztere Fortschritte machen, ist auch der Grundstein für die Ausweitung ersterer gelegt. Die Priorisierung der Bürgerrechte

führt jedoch leider oft nur dazu, die Ziele zu verwirren und die Aufmerksamkeit der Arbeiterbewegung abzulenken. Dies dient einem doppelten Zweck: a) dem kapitalistischen System einen schöneren Anstrich zu verpassen (beispielsweise durch Geschlechterquoten in Verwaltungsräten) und b) die Arbeiterklasse durch sinnlose horizontale Spaltung in zunehmend egozentrische und missverständene Mikrogemeinschaften zu fragmentieren und so die Ausbeutung zu verschärfen.

2.5. Mehr Fühlung nehmen zum Terrain

2.5.1. Bewegungen sind das eine: Sie sind das Ergebnis der anhaltenden Widersprüche des kapitalistischen Systems. Eine Partei wie die unsere muss diese Widersprüche verstehen und steuern, damit die darin zum Ausdruck kommenden Kämpfe reifen und zu konkreten Ergebnissen führen. *Movementismus* hingegen ist etwas ganz anderes: Er verwechselt Prioritäten, verzerrt einen gerechten Kampf, ideologisiert ihn bis zur Erschöpfung und führt zu Desillusionierung und Spaltung. Dies wird heute durch eine allgegenwärtige, rein emotionale Kommunikation begünstigt. Als Partei bevorzugen wir grundsätzlich einen optimistischen Ansatz und nutzen Fortschritte und Teilerfolge, um sie als Katalysator für größere Ergebnisse zu nutzen. Dieser Ansatz darf jedoch weder unseren kritischen Sinn schmälern noch uns daran hindern, allenfalls Analysen zu erstellen, die sich vom allgemeinen Konsens der Linken distanzieren: In Widersprüchen zu leben bedeutet nicht, sich von Reformisten oder »Brunnenvergiftern« (Personen oder Medienfiguren, die zwar vorgeben, Freunde zu sein, in Wirklichkeit aber nur ablenken wollen) ausnutzen zu lassen. Manchmal ist es tatsächlich richtig und lehrreich, kommunistische Strenge und Vielfalt zu demonstrieren, anstatt sich offensichtlich manipulierten Mobilisierungen anzuschließen und sie so zu legitimieren.

2.5.2. Unsere Partei ist unabhängig und nimmt in ihrer Positionierung nicht auf Stimmenpakete von Migrantengruppen Rücksicht: Das ist ein Aspekt, der uns von der übrigen Linken unterscheidet. Ausländische Communities sind nützlich, wenn sie den interkulturellen Dialog fördern, wenn sie die kollektiven Rechte und den Integrationsprozess von Einwanderern in der Schweiz schützen; sie werden hingegen zu einem Problem, wenn sie durch sektiererische Haltungen die Konflikte anderer politisieren und in die schweizerische Gesellschaft tragen oder wenn sie feindselige Dynamiken hervorrufen. Es ist inakzeptabel, ausländische Organisationen zu tolerieren, die Menschenhandel und illegalen Handel betreiben, oder die Entstehung scheinbar lokaler Gruppen, die in Wirklichkeit Ableger ausländischer Parteien sind und von denen einige sogar subversiv sind. Diese Dynamik beschränkt sich, zumin-

dest in unserem Land, derzeit auf einige Akronyme in zwei oder drei Kantonen der Deutschschweiz. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich diese Tendenz mit der Verschärfung des Konflikts zwischen dem atlantischen System und dem Multipolarismus verstärkt und dann ausgenutzt wird, um Spannungen zu verschärfen oder die Kommunisten zu verwirren und zu spalten. Unsere Partei muss es daher vermeiden, instrumentalisiert oder provoziert zu werden, und muss stattdessen ihre Wachsamkeit verstärken, um ihre Unabhängigkeit und nationale Verankerung zu gewährleisten.

2.5.3. Um die Kriegsspirale zu stoppen, müssen wir uns vor allem auf außerparlamentarische Aktionen konzentrieren: Die Partei muss sich unbedingt wieder an die Mobilisierung auf der Straße gewöhnen, wie die wichtige Demonstration vom 15. März 2025 für Frieden und gegen die NATO gezeigt hat, die landesweite Resonanz fand. Es herrscht kein Mangel an Unzufriedenheit, und es ist an der Zeit, in Sachen Neutralität noch proaktiver zu sein: Wir sind die einzige linke Partei, die in diesen Fragen klar und eindeutig ist! Darüber hinaus sind unsere Aktivisten aufgerufen, in Massenorganisationen das Bewusstsein zu schärfen und Formen des zivilen Ungehorsams aufzubauen, insbesondere unter jungen Menschen. Innerhalb der Institutionen hingegen kann wenig getan werden, außer auf eine minimale Medienberichterstattung zu hoffen. Sicherlich gibt es auf der Linken noch immer ein antimilitaristisches Bewusstsein, aber das ist zu wenig, vor allem, wenn auf der Rechten oberflächlicher Patriotismus dem militaristischen Ruf weichen wird. Selbst zum Thema Palästina kamen die parlamentarischen Resolutionen erst spät und nur, um das Gewissen zu beruhigen, ohne die Absicht, die Diplomatie in Bern anzukurbeln. Die Hoffnung auf die Möglichkeit, noch wirksamere militante Aktionen aufzubauen, ist intakt, erfordert aber, dass wir über die Routinepraktiken hinausgehen, an die wir uns beim Eintritt in die Institutionen leicht gewöhnen. Dies hängt in jedem Fall von der Bereitschaft einzelner Militanter zum Engagement und damit von ihrem zahlenmäßigen Wachstum ab.

3. Die Partei mit den Mitteln ausstatten, damit sie sich stärker in Fragen der Arbeit, des Service public und der nationalen Selbstversorgung einbringen kann

3.1. Eine neue Phase in der Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten

3.1.1. Neben der Neutralität (die Frieden und Souveränität bedeutet) sieht die Kommunistische Partei die Arbeit und die Arbeitnehmerrechte als weiteren Pfeiler ihres politischen Handelns. Und die Gewerkschaftsarbeit der Partei ist im Vergleich zu unseren letzten Parteitagen gerade das innovativste Element. Zum ersten Mal seit vielen Jahren verfügen wir über ein wirklich funktionsfähiges Gewerkschaftsressort, auch wenn es noch in den Kinderschuhen steckt. Die erzielten Fortschritte sind allgemein sichtbar und verdienen eine weitere Konsolidierung sowie eine Verallgemeinerung unserer Erfahrungen. Das Gewerkschaftsressort unserer Partei darf jedoch nicht in sich geschlossen agieren, sondern muss nach und nach die Arbeiteravantgarde und Gewerkschaftsaktivisten einbeziehen, die zwar keine Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, aber die pragmatischen Ziele teilen, die wir uns Sektor um Sektor und Thema um Thema gesetzt haben.

3.1.2. Trotz nationaler Fortschritte erleben wir leider einen Rückgang unserer historischen Beziehungen zum Weltgewerkschaftsbund (WGB), der einzigen internationalen Arbeiterorganisation, die eine Klassenlinie vertritt und sich für die Demokratisierung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) einsetzt. Wir waren die einzige Schweizer Partei, die an dessen 18. Kongress im Mai 2022 teilnahm, doch hat sich die Zusammenarbeit seitdem nicht intensiviert. Da das Europabüro des WGB (EUROF) nun in Rom ansässig ist und ein Büro in Genf verbleibt, könnte die Unterstützung seiner Aktivitäten – zumindest in Bezug auf Information, Schulung und Koordinierung seiner Führung sowie Lobbyarbeit bei UN-Organisationen mit Sitz in der Schweiz – eine Chance für unsere Partei sein. Je stärker die Gewerkschaftsfreiheit in ganz Europa abnimmt, desto wichtiger wird koordinierte Wachsamkeit. In diesem Sinne kann ein privilegierter Draht zum EUROF und ein Erfahrungsaustausch beispielsweise mit dem österreichischen *Gewerkschaftlichen Linksblock*, den spanischen *Comités para la Unidad Obrera* usw. bereichernd sein.

3.1.3. Unmittelbar nach unserem letzten Kongress – der eine thematische Resolution zur Unterstützung der Kurierdienste verabschiedete, die aufgrund systemischer Subunternehmerarbeit unter extrem prekären Beschäftigungsverhältnissen leiden, die das Wirtschaftsgefüge des Landes schädigen – nahmen wir an zahlreichen Ge-

werkschaftsdemonstrationen in der ganzen Schweiz teil. Wir erinnern uns beispielsweise an die Solidaritätsdemonstration im Dezember 2021 in Freiburg mit den streikenden *Smood-Fahrern* und einige Wochen später an die Demonstration zur Unterstützung der entlassenen *DPD-Fahrer* in Giubiasco. Bei diesen Gelegenheiten betonten wir, dass multinationale Unternehmen wie DPD in unserem Land stark an Bedeutung gewinnen, auch weil die Schweiz leider beschlossen hat, ihren Service public durch die Liberalisierung der Paketzustellung und die Beendigung der bundesstaatlichen Kontrolle über die Post langsam »selbstmordgefährdet« zu machen. Die Partei unterstützte auch die Gewerkschaft Syndicom gegen die Schließung von Postämtern und nahm in den letzten Monaten an von den Gewerkschaften SEV und VSLF organisierten Treffen gegen die geplante Zerschlagung von SBB Cargo teil. Neben unserer Präsenz auf der Straße haben wir stets versucht, praktische Unterstützung zu leisten, beispielsweise durch das Sammeln von Unterschriften für Gewerkschaftspetitionen. Wir geben jedoch zu, dass sich dieses Engagement manchmal noch auf die passive Teilnahme an Veranstaltungen oder die Verbreitung von Informationsmaterial beschränkt: Jedes Mitglied muss sich verpflichten, die Partei in solchen Konfliktsituationen öfters zu vertreten (und als Verbindungsperson zu fungieren) und häufiger Informationen zu verbreiten, sowohl durch öffentliche Stellungnahmen, auch individuell, als auch durch die freiwillige Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen. Darüber hinaus muss die Partei auch parlamentarische Unterstützung für gewerkschaftliche Aktionen leisten, nicht nur für öffentliches Personal, sondern auch für den privaten Sektor.

3.1.4. Der niederländische Marinehafen Rotterdam hat mit den Vorbereitungen für ein Kriegsszenario innerhalb von fünf Jahren begonnen und dafür logistische Kapazitäten für NATO-Schiffe mit militärischer Fracht reserviert. In Frankreich haben Hafenarbeiter in Marseille und in Italien in Genua Sabotageaktionen gegen Waffenlieferungen durchgeführt. Diese Mobilisierungen der Arbeiter werden im Falle einer Kriegseskalation von entscheidender Bedeutung sein, und wir müssen bereit sein, sie durch die Entwicklung internationalistischer Zusammenarbeit mit lokalen kommunistischen Parteien und ausländischen Gewerkschaften zu unterstützen. Dies ist eine Form des gewaltlosen Kampfes und ein Akt zivilen Ungehorsams, der die Mechanismen der Rüstungsoligarchen, die in den USA, der EU und sogar der Schweiz profitieren, stören kann. Das Beispiel dieser internationalen Kämpfe muss unsere Aktivisten auch dazu inspirieren, sich dafür einzusetzen, dass sich die Schweizer Gewerkschaften nicht an Krieg und Aufrüstung beteiligen und, falls nötig, eine autonome Position beispielsweise gegenüber dem Europäischen Ge-

werkschaftsbund (EGB) einnehmen, der bereits in der Vergangenheit den Interessen atlantischer Arbeitgeber entgegengekommen ist. So müssen wir beispielsweise gewerkschaftlich organisierte und demokratisch gesinnte Lehrkräfte ermutigen, sich – unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten – der Präsenz von Militärangehörigen in Schulen, die Schüler mit Kriegstreiberei indoktrinieren, zu widersetzen. Wir müssen auch Gewerkschafter in der Industrie ermutigen, sich gegen die Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion einzusetzen. Gleichzeitig müssen wir die Verbreitung von Informationen des WGB unter den Arbeitern fördern, auch wenn der Schweizerische Gewerkschaftsbund diesem nicht angehört. Der Beitrag der Kommunisten zur Gewerkschaftsbewegung in unserem Land muss zwar solidarisch sein, aber gleichzeitig kritisch, um sie aus der bürokratischen Lethargie zu befreien, in die sie durch die Hegemonie der *liberalen* Linken teilweise getrieben wurde: In diesem Sinne ist es entwaffnend, den Pro-EU-Konformismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu beobachten, der sie veranlasste, dem Rahmenabkommen 2.0 zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zuzustimmen – und damit der nationalistischen Rechten einen Gefallen zu tun.

3.1.5. Trotz der Achtung der Autonomie der Gewerkschaften haben wir Kommunisten die Pflicht, den tatsächlichen Grad der Übereinstimmung zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaftern im Auge zu behalten: Gewerkschaftliche Demokratie darf sich nicht auf Abstimmungen beschränken, sondern muss auf ständigem Dialog und einer effektiven Partizipation der Arbeitnehmer beruhen, wobei die bürokratischen Praktiken konzertanter Gewerkschaftspolitik, die die Arbeiter zu gängeln versucht, abzulehnen sind. Die Kommunistische Partei ist also von den Gewerkschaften unabhängig und lässt sich ihre Linie nicht von deren Führungsspitzen diktieren: natürlich nicht von den moderaten, die der Doktrin des »Arbeitsfriedens« verhaftet sind, aber sie scheut ebenso die Instrumentalisierung durch maximalistische politische Strömungen, die den Gewerkschaftskampf auf spaltende Weise ideologisieren, ohne sich dabei mit den tatsächlichen Befindlichkeiten der Arbeitnehmer auseinanderzusetzen. Eine Gewerkschaft ist weder eine Partei noch ein Think Tank, und ihr politisches Verhalten muss sich nicht an den identitätsbasierten Wünschen bestimmter Gewerkschafter, sondern an den Bedürfnissen der Arbeiterklasse orientieren. Kommunistische Aktivisten setzen sich daher dafür ein, dass die Gewerkschaft ein einheitlicher Ort der Demokratie und des Pluralismus bleibt und weiterhin in den Traditionen der Arbeiterbewegung verankert ist, ohne sich von postmodernen Konzeptionen ablenken zu lassen.

3.1.6. Die Gefahren von Ablenkungskampagnen unter den gewerkschaftlich organisierten Massen zum Aufbau anderer Organisationen, die sich letztlich als Ableger politischer Parteien oder Machtgruppen entpuppen, müssen aufgedeckt werden, und die Gewerkschaften müssen lernen, sich selbst zu schützen. Wir haben dies von rechts mit den Scheingewerkschaften der Lega Nord erlebt,



die gegründet wurden, um das Mindestlohngebot zu umgehen, aber auch von links mit den Scheinbewegungen für die Selbstverwaltung der Rentenversicherung. Es ist klar, dass die trotzkistische Agenda im Kanton Tessin darauf abzielt, Misstrauen gegenüber der Gewerkschaft VPOD zu säen und die Gewerkschaftseinheit zu spalten, doch ähnliche Tendenzen könnten sich auch bei der Gewerkschaft SEV und anderswo entwickeln. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den kommenden Jahren wahrscheinlich zu denjenigen gehören werden, die am stärksten von den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand betroffen sind: Sie brauchen nicht nur starke, gut etablierte Gewerkschaften am Arbeitsplatz, sondern müssen auch ermutigt werden, eine neue Führungsrolle zu übernehmen. Unsere Partei wird sie dabei unterstützen – unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit und der unterschiedlichen (und sich ergänzenden) Ansätze. Wir betonen, dass diejenigen Linken, die von »Gewerkschaftsruinen« sprechen, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nicht dabei helfen, sich zu verbessern, sondern lediglich darauf aus sind, defätistische Haltungen zu schüren, die letztlich nur dazu dienen, die spaltenden Organisationen zu stärken, die auf trotzkistische Initiative gegründet wurden.

3.1.7. Unsere Partei erkannte 2009 die Bedeutung einer »organischen Verflechtung mit der Zivilgesellschaft«, um eine dialektische Verbindung zwischen dem Arbeitskampf (der sonst auf die Fabrik beschränkt bleibt) und dem umgebenden sozialen Gefüge sowie der Stimmung in der Bevölkerung zu fördern. Diese Auffassung ist an sich richtig: Indem sie korporative und selbstbezogene Rückzugsversuche vermeidet, erkennt sie die Komplexität sozialer Konflikte an und verbindet sie umfassend mit

der Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen oder dem patriotischen Gefühl der Arbeiterklasse. Allerdings ist bei der Einbeziehung der Gewerkschaftsbewegung in Kämpfe, die im Wesentlichen nichts mit der Arbeitswelt zu tun haben, stets ein hohes Maß an Ausgewogenheit erforderlich: Es ist sehr leicht, in hybride Formen zwischen Gewerkschaft und Partei zu schlüpfen, die dann zu einer Verwirrung von Plänen und Funktionen führen, die Gewerkschaften an ideologische Elemente außerhalb der Arbeiterklasse binden und so zu ihrer Spaltung beitragen. Diese Angst sollte uns jedoch nicht dazu verleiten, Gewerkschaften von Bewegungen (Umwelt-, Pazifismus- oder palästinensische Solidaritätsbewegungen) zu isolieren, sondern vielmehr dazu, gewerkschaftliches Handeln präzise zu definieren und dabei die Arbeitnehmer und ihre Interessen als Klasse stets in den Mittelpunkt zu stellen: So ist beispielsweise der Kampf für gleiche Bezahlung von Männern und Frauen eine Gewerkschaftsfrage, offensichtlich aber nicht der ideologische Kampf für feministischen Intersektionalismus. Die Gewerkschaft der Bauwirtschaft beispielsweise in den Kampf gegen den Klimawandel einbeziehen zu wollen, ohne sich dabei auf den Gesundheitsschutz der Arbeiter vor Hitzewellen zu konzentrieren, sondern nur mit dem Ziel, für ein CO₂-Gesetz zu mobilisieren, das den ökologischen Wandel auf Kosten der Arbeitnehmer finanziert, ist ein Beweis dafür, dass man ideologisch gehandelt hat, also mit einer parteipolitischen und nicht mit einer klassenpolitischen Logik. Dies ist offensichtlich ein komplexer Prozess, der nicht einfach per Dekret unseres Kongresses verkündet werden kann, sondern schrittweise aufgebaut werden muss, ausgehend von den tatsächlichen Kämpfen der Arbeitnehmer und ihrer eigenen Bereitschaft zur Teilnahme.

3.1.8. Wir sind uns bewusst, dass die Rolle einer kommunistischen Partei am Arbeitsplatz theoretisch nicht allein auf gewerkschaftliche (und damit primär wirtschaftliche) Aktionen beschränkt sein sollte: Klassenbewusstsein entwickelt sich in der Arbeiterbewegung nicht auf magische Weise allein durch unmittelbaren wirtschaftlichen Kampf, sondern erfordert das politische Handeln von Kommunisten, um die klassenbewusstesten Elemente der Arbeiterklasse zu vereinen. Es ist jedoch klar, dass der Kadermangel diesen Ansatz derzeit in der Praxis einschränkt: Daher halten wir es für sinnvoll, am Kongress im gegenwärtigen Kontext nur realistische und erreichbare Ziele zu setzen. Dies sollte uns natürlich nicht daran hindern, die Aussicht auf künftige Parteizellen am Arbeitsplatz zu pflegen und vor allem bereits jetzt zu versuchen, die politisiertesten Arbeiter nicht nur in die Gewerkschaft, sondern auch in die Partei als Mitglieder oder Unterstützer einzubinden. Kurz gesagt: Unsere Priorität bleibt im Moment die Neuformierung einer Arbeiterklasse, die seit Jahrzehnten

Opfer eines schädlichen Prozesses der sozialen Desintegration ist. Um in dieser Hinsicht effektiver zu sein, müssen wir nicht nur weiterhin auf die gewerkschaftliche Organisierung aller Mitglieder und Unterstützer in den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden drängen und die »Kartierungsarbeit« fortsetzen, sondern auch Möglichkeiten für Diskussionen und Gewerkschaftsschulungen fördern, die sich in erster Linie an die militante Parteiorganisation richten.

3.2. Stärkung des Dialogs mit den Landwirten

3.2.1. Die landwirtschaftliche Arbeit ist auch heute noch von höchster Relevanz, da sie strukturell in die Prozesse der Kapitalkonzentration und der internationalen Expansion der Märkte eingebettet ist, durch die große multinationale Konzerne die lokale Produktion verdrängen. Die gesamte Linke leidet jedoch in der Bauernfrage unter einem völligen und gravierenden Mangel an Analyse und folglich politischer Intervention. Wir sind stolz darauf, diese Lücke im progressiven Lager – wenn auch nur teilweise – mit der Wende unserer Partei vor einem Jahrzehnt geschlossen zu haben: Nach einem verfrühten Versuch, bereits 2012 eine Arbeitsgruppe für Landwirtschaft einzurichten, wurden erst auf dem XXIII. Kongress 2016 konkrete Fortschritte erzielt. Heute sind wir aufgerufen, diesen Weg fortzusetzen, nicht nur, weil wir uns der strategischen Bedeutung des Primärsektors bewusst sind, sondern auch, weil wir überzeugt sind, dass Umweltschutz nur möglich ist, wenn er die Landarbeiter einbezieht. Die von den Tessiner Junglandwirten in den letzten Jahren geförderten Veranstaltungen, an denen wir stets teilgenommen haben, erwiesen sich als wertvolle Gelegenheiten, die fortzusetzen sich lohnt. Wir sollten jedoch auch noch engere Beziehungen zu anderen Bauernorganisationen (Uniterre, ViaCampesina usw.) aufbauen und unsere Kollegen aus der Agrarwissenschaft oder diejenigen mit beruflichen oder familiären Bindungen in diesem Bereich einbeziehen.

3.2.2. Ein Meilenstein auf diesem Weg war die Intuition unserer Partei, die Kampagne zu starten, die 2021 endlich die Aufnahme des Prinzips der Ernährungssouveränität in die sozialen Ziele der Verfassung des Kantons Tessin ermöglichte: ein beispielloser Sieg für die Schweizer Kommunisten, den die öffentlichen Medien jedoch schändlicherweise herunterzuspielen versuchten, bis hin zur fast vollständigen Ignoranz! Die parlamentarischen Aktionen unserer Partei zugunsten der Bergbauern bzw. Weinproduzenten; ihre Beiträge zur Debatte über kurze Lieferketten, den Verlust von Ackerland usw.; sowie unsere Abstimmungsempfehlungen (die im Gegensatz zum Rest der Linken standen) gegen extremistische Pestizidverbote und die irreführende »Biodiversitäts«-Initiative; und unsere Bereitschaft, große Raubtiere einzudämmen

(und sie notfalls sogar auszurotten), machen uns heute zum einzigen linken Gesprächspartner der Landwirtschaft. Dies ist ein Bereich, den wir nicht aufgeben dürfen, sondern in den Vordergrund stellen müssen. Nicht viele wissen beispielsweise von dem Vorschlag aus unseren Reihen, im Kanton Tessin eine Schafzuchtschule zu gründen, die nicht nur die Alpwirtschaft attraktiver macht, sondern auch einen Bezugspunkt für den gesamten Alpenraum darstellt, indem sie lokale Traditionen, die Praxis der Nutztierhaltung mit Forschung und wissenschaftlichen Fortschritten vernetzt. In diesem Bereich können wir auch den internationalen Austausch fördern: Kuba beispielsweise betrachtet die Ernährungssouveränität als einen Baustein seiner nationalen Sicherheit. Gleiches gilt für China, das seine Bemühungen zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendungen intensiviert hat.



3.3. Mehr Staat, weniger Markt

3.3.1. Um nationale Souveränität und Neutralität zu gewährleisten, brauchen wir mehr Staat und weniger Markt. Die nationalistische Rechte, die diese Prinzipien zu Propagandazwecken schwingt, kann sie nicht wirklich verteidigen, da sie in einer grundsätzlich individualistischen und egoistischen liberalen Kultur verhaftet bleibt. Es ist die Pflicht der Kommunisten, darauf zu bestehen, dass ein aufrichtiger Patriot, um ein Patriot zu sein, stattdessen den sozialen Zusammenhalt verteidigen und daher Prozesse der wirtschaftlichen Liberalisierung, der Privatisierung des Service public und des staatlichen Rückzugs aus der Bekämpfung sozialer Ungleichheiten ablehnen muss. Diese Phänomene stellen in der Tat eine Form des Zerfalls der nationalen Gemeinschaft und einen Verzicht auf Souveränität dar. Auf dieser Grundlage hatte unsere Partei die Weitsicht, 2018 die Kampagne »Lasst uns die Post verstaatlichen« zu fördern. Diese Kampagne stieß auf parteiübergreifendes Interesse, indem sie den Patriotismus der Arbeiterklasse erfolgreich in den Dienst einer sozial fortschrittlichen Forderung stellte: beispielsweise der Wiederherstellung der Bundesregie und der flächendecken-

den Versorgung durch öffentliche Dienstleistungen. Die Verallgemeinerung der gewonnenen Erfahrungen und die Wiederaufnahme dieser Art von Kampagne in anderen Bereichen ist nicht nur für die Partei, sondern auch für die Gewerkschaftsbewegung von strategischer Bedeutung, wenn sie die Ausbreitung der Rechten eindämmen will. Dies erfordert natürlich Glaubwürdigkeit und Kohärenz, die weitgehend wiederhergestellt werden müssen: Unsere Partei ist bereit, die Linke auf dieser Grundlage zu erneuern.

3.3.2. Der weit verbreitete Irrglaube, der öffentliche Sektor biete privilegierte Arbeitsbedingungen, hält sich hartnäckig: Tatsächlich breiten sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse selbst im staatlichen und halbstaatlichen Sektor besorgniserregend aus. Dies muss der Bevölkerung, die Opfer einer unerbittlichen populistischen und neoliberalen Propagandaoffensive ist, geduldig erklärt werden, um Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zu vermeiden. Es ist unerlässlich, der Öffentlichkeit klarzumachen, dass Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor über kurz oder lang auch zu Rückschlägen im privatwirtschaftlichen Sektor führen und eine Kette sozialer Verschlechterungen mit sich bringen. Sie sollte unterbrochen werden, statt sich auf einen spaltenden »Krieg unter den Armen« einzulassen. Dieses Argument gilt auch im umgekehrten Sinne: Ein Erfolg im öffentlichen Sektor (z.B. Vaterschaftsurlaub) kann sich auch positiv auf Verbesserungen im privaten Sektor auswirken. Darüber hinaus trägt die Reduzierung ehemals staatlich kontrollierter Sektoren sowie die Senkung der öffentlichen Verwaltungskosten dazu bei, Ressourcen für den privaten Sektor und der dort generierten Gewinne freizusetzen – man denke nur an das öffentliche Beschaffungswesen. In diesem Zusammenhang ist neben der Gewerkschaftsarbeit auch das Engagement in der *Associazione per la difesa del servizio pubblico*, einer Tessiner Organisation zur Verteidigung des Service public, hervorzuheben.

3.3.3. Neben dem dramatischen Anstieg der Krankenkassenprämien, der radikale Lösungen erfordert, wie die Bekräftigung des Vorrangs der öffentlichen Gesundheitsversorgung bei der Spitalplanung und die Schaffung einer einheitlichen öffentlichen Krankenkasse mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien, rückt das Problem der steigenden Kosten und des Kaufkraftverlusts wieder mit Nachdruck in den Vordergrund. Unsere Partei muss diese Debatte mit originellen und sogar unbequemen Vorschlägen angehen, da sie im Widerspruch zur wirtschaftlichen Freiheit stehen, die in der Schweiz jeden zaghaften Reformismus bremst. So müssen wir beispielsweise auf der Notwendigkeit bestehen, a) die Sanktionen gegen Russland zu beenden, die eine unhaltbare Abhängigkeit von den USA und der EU bedeuten, die nach der Einführung der US-Zölle noch deutlicher geworden ist; b) nicht nur die

Löhne, sondern auch die Sozialleistungen und Renten an die Inflation zu koppeln; c) die Preise für lebensnotwendige Güter einzufrieren; d) die Steuerlast zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer umzuverteilen; e) die Berechnungsmethode des nationalen Verbraucherpreisindexes zu überarbeiten; f) die Instrumente zur Kontrolle von Wirtschaft und Löhnen zu stärken, beginnend mit der Ausweitung der Befugnisse von »Mister Prices«. Wir hatten diese und andere Maßnahmen bereits im Sommer 2022 öffentlich gemacht, aber die Medien hielten es offensichtlich nicht für nötig, darüber zu diskutieren: Es liegt an uns, hartnäckig zu bleiben und andere Wege zu finden, die Bevölkerung zu erreichen. Dabei geht es nicht nur um Kommunikation, sondern auch darum, die Umsetzung dieser Forderungen in parlamentarischen Dokumenten und Formen der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu intensivieren.

3.3.4. Angesichts der steigenden Krankenkassenprämien, der gemischten Struktur des Schweizer Gesundheitssystems und der Verzerrungen bei der Verschreibung von Medikamenten (Generika vs. Originalpräparate) wird die Gesundheitspolitik von der Debatte um die Eindämmung der Gesundheitsausgaben dominiert, wobei die Schuld dafür den Patienten zugeschrieben wird. Es ist offensichtlich, dass diese Medienkampagne dazu dient, das derzeitige, von Interessen der Gesundheitsökonomie dominierte Kräfteverhältnis aufrechtzuerhalten; die Ursachen des Problems werden dabei ausschließlich der demografischen Entwicklung und dem technischen Fortschritt zugeschrieben. Das derzeitige Gesundheitssystem ermöglicht eine übermäßige Verflechtung zwischen Regulierungsbehörden und Wirtschaftsakteuren. Die Tarifkommissionen, die sich weitgehend aus Unternehmensverbänden zusammensetzen, sind zu sehr Interessenkonflikten und Marktdruck ausgesetzt. Übermedikalisierung und gewinnorientierte Verschreibungen sind das Ergebnis eines Gesundheitsökosystems, das es den Anbietern ermöglicht, die Nachfrage zu manipulieren: ein zentrales Element für das parasitäre Wachstum der Gesundheitskosten. Ebenso problematisch ist die Abwälzung beruflicher Risiken auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG), die durch die derzeitige restriktive Liste der Berufskrankheiten in der Verordnung zum Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) begünstigt wird. Die Festlegung des wirtschaftlichen Werts und des Versicherungsschutzes für medizinische Leistungen ist keine rein technische Aufgabe, sondern eine grundlegende politische Entscheidung für die Planung und das Funktionieren des Gesundheitssystems. Aus diesem Grund muss die Partei neben der Schaffung einer Einheitskrankenkasse auch den Vorrang des Staates und des kollektiven Interesses im Bereich der Gesundheitspolitik fördern: Die Kompetenzen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) müs-

sen gestärkt werden, insbesondere in den Bereichen Tarifgestaltung, Planung und Aufsicht, in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Verwaltungen, um den korporatistischen Kräften, die das derzeitige Gesundheitssystem prägen, entgegenzuwirken und sie zu marginalisieren.

3.3.5. Der Marxismus lehrt, dass die vorherrschenden Ideen einer Gesellschaft jene sind, die von der herrschenden Klasse vertreten werden. Die Bourgeoisie hat nämlich die Fähigkeit, ein ihr genehmes Denken hervorzurufen, das dann von den Medien, dem Verlagswesen, der Universität usw. massenhaft verbreitet werden soll. So entsteht der notwendige Konsens zur Aufrechterhaltung und Reproduktion des historischen Blocks, der uns regiert. In einer fortgeschrittenen liberal-demokratischen Gesellschaft wie der Schweiz kommt eine autoritäre Hypothese – als *letztes Mittel* – erst dann zum Tragen, wenn dieser Konsens letztendlich zu bröckeln beginnt. Das Konzept von »mehr Staat« ist für uns daher kein Blankocheck: Wir wissen genau, dass der Staat Ausdruck der herrschenden Klasse ist und dass Hegemonie in Krisensituationen – um Antonio Gramsci zu zitieren – »ein Schlachtschiff des Zwangs« ist. In unserem Allgemeinen Programm betonen wir, dass wir einerseits der Antipolitik und dem gleichgültigen Hass entgegentreten müssen, andererseits aber keine »Feuerwehrleute« sind, die diese liberale Ordnung, die alles tut, um sich selbst zu diskreditieren, retten müssen. Es geht also darum, eine Haltung der »proaktiven Opposition« beizubehalten, die uns bei der Bevölkerung beliebt macht. Gleichzeitig muss es der Partei gelingen, skrupellos zu sein und jene übertriebenen »Verantwortungs«-Haltungen zu korrigieren, die manchmal, insbesondere in der Kommunalpolitik, auftauchen.

3.4. Für eine fruchtbare Revolution: auf Nahrungsmittel-, Energie- und digitaler Souveränität bestehen

3.4.1. Wir haben bereits betont, dass Umweltschutz nur möglich ist, wenn er die Menschen einbezieht, von denen das Land bewirtschaftet wird. Die moralistische und modische Interpretation von Umweltphänomenen darf uns daher nicht länger beschäftigen, sondern wir müssen ihr aktiv entgegentreten: Sie untergräbt nicht nur die Energie- und Nahrungsmittelautarkie des Landes, sondern ihr katastrophaler und spaltender Ansatz verhindert auch, dass wir – jenseits von Schlagworten – das Umweltbewusstsein junger Menschen mit der Erfahrung von Landwirten und Viehzüchtern vereinen, um eine nachhaltige, produktive Wirtschaft zu schaffen. Stattdessen müssen wir uns wieder auf die Ernährungssouveränität konzentrieren, die unser Leitmotiv bleiben muss: Vorrangig ist daher die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes,

das zumindest im Kanton Tessin das verfassungsmäßige Ziel der Ernährungssouveränität konkret umsetzt und verhindert, dass die Regierung bloße Erklärungen darüber abgibt, was substantiell ist. Dies wäre auch ein vorbildliches Beispiel, das als Vorbild für den Rest des Landes dienen könnte.

3.4.2. Die Energieversorgungsfrage kann nicht ohne nationale Souveränität angegangen werden; sie muss vielmehr zu einem der Eckpfeiler ihrer Sicherung werden. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass es heute autarke Lösungen oder gar völlig saubere Energiequellen gibt. Wir müssen daher eine Politik der Energiediversifizierung vorantreiben und dabei folgende Prioritäten im Auge behalten: Erstens die Vermeidung einer übermäßigen Abhängigkeit von ausländischen Quellen (insbesondere vom europäischen Energiemarkt, wie es in den Bilateralen Abkommen III vorgesehen ist), zweitens der Schutz der Kaufkraft der Arbeitnehmer (der ökologische Wandel darf nicht auf ihre Kosten gehen) und drittens die Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit. Im Bewusstsein, dass die katastrophale Teilliberalisierung des Schweizer Strommarktes im Jahr 2009 die Energieversorger dazu gezwungen hat, auf den internationalen Märkten zu spekulieren und Energie im Ausland zu kaufen, anstatt auf einheimische Wasserkraft zu setzen (deren Kosten im Gegensatz zu anderen, vom negativen internationalen Wirtschaftsklima betroffenen Versorgungsquellen stabil geblieben sind), muss unsere Energiestrategie die Rolle der öffentlichen Elektrizitätsunternehmen als Instrument zur Gewährleistung von Autarkie und erschwinglichen Preisen für die Bürger betonen. Da viele dieser Anlagen in kommunalem Besitz sind, haben unsere lokalen Mandatsinhaber eine echte Möglichkeit, einzutreten und zu versuchen, die Gebühren zu senken.

3.4.3. Das Thema digitale Souveränität und neue Technologien, insbesondere künstliche Intelligenz (KI), verdient in naher Zukunft weitere Forschung. Unser Allgemeines Programm bietet zwar bereits einige Einblicke in Kryptowährungen und den Einsatz von Informationstechnologie in der Wirtschaftsplanung, reicht aber noch nicht aus, um eine umfassende und klare Parteilinie zu einem Thema zu etablieren, das für Klassenkonflikte und den Kampf zwischen Imperialismus und Multipolarismus zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Neben der dringenden Notwendigkeit eines gewerkschaftlich geführten Ansatzes für die potenziell negativen Folgen der Automatisierung – nicht nur für die Beschäftigung selbst, sondern auch für die Arbeitnehmerorganisation – gilt unsere Hauptsorge der Macht hinter *BigTech*: Es geht nicht nur um *Privatsphäre* und Geld; es ist ein geopolitischer Kampf mit Auswirkungen auf Demokratie und Landesverteidigung. Kurz gesagt: Bei der Analyse des Themas sind zahlreiche Faktoren zu berücksichtigen. Aus demokratischer Sicht

begrüßte unsere Partei beispielsweise die Entscheidung der Bevölkerung, die elektronische Identität nicht privat zu kontrollieren, lehnt jedoch deren weitere Verwaltung durch die Bundespolizei ab, die für ihre Rolle bei der politischen Kontrolle von Bürgern und Oppositionsorganisationen bekannt ist. Aus geopolitischer Sicht muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Großteil der europäischen digitalen Daten und Dienste derzeit auf Servern unter US-amerikanischer Gerichtsbarkeit läuft und die Schweiz die *Rechenzentren* zahlreicher amerikanischer IT-Giganten beherbergt. Ohne eine ernsthafte Strategie für digitale Souveränität und eine beschleunigte Entwicklung unabhängiger *Cloud*-Lösungen laufen wir daher Gefahr, unter enormen Druck der EU und der USA zu geraten. In diesem Fall bedarf es einer gesonderten Diskussion – auch im Hinblick auf die Ressourcen, die uns an unserem neuen Hauptsitz zur Verfügung stehen – über die IT-Lösungen, die für die Arbeit unserer Partei und ihre Sicherheit im Allgemeinen, insbesondere aber im Falle internationaler politischer Instabilität, erforderlich sind.

3.5. Unnötige Spaltungen vermeiden

3.5.1. 2016 haben wir »Gemeinschaft« zum Schlagwort des XXIII. Kongresses erklärt. Wo Gemeinschaftsbindungen schwächer werden, etwa durch Deindustrialisierung und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit oder auch den Abbau des Service public, verschwinden Klassenzusammenhalt und Solidarität. Kurz gesagt: In Kontexten, in denen das Gemeinschaftsgefühl erodiert, löst sich die Moral der Arbeiterklasse selbst auf und verkommt zu Egoismus. Es ist kein Zufall, dass die liberale Linke dort floriert, wo – in Großstädten – das Gemeinschaftsgefühl schwach ausgeprägt ist und hedonistische kulturelle Bräuche und ein grundlegender Individualismus vorherrschen – die Essenz der städtischen, kleinbürgerlichen intellektuellen Elite. Die Vermeidung horizontaler Spaltungen und die Wiederherstellung der Verbindung zwischen der Linken und der Bevölkerung sind für den Klassenkampf von entscheidender Bedeutung. Andererseits ist die spaltende Haltung gewisser linker Gruppen bei sensiblen Themen schädlich: Unsere Arbeit muss sich auf zwei Faktoren konzentrieren: a) Es kommt auf die Substanz an, nicht auf das Etikett, und b) mit gesundem Menschenverstand kommt man in der Bevölkerung an: skandalöse Provokationen führen nicht weiter. Wir dürfen nicht hyperkorrekt auftreten und einen Unterschied machen zwischen guten Bürgern, den kultivierten und aufgeklärten, die zu jeder Form kultureller und sexueller Liberalisierung bereit sind, und schlechten Bürgern, den konservativeren, die als engstirnig und ignorant abgetan werden, weil sie beispielsweise ein traditionelles Familienbild haben.

3.5.2. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind wirksame Mittel, um die Aktions- und Widerstandseinheit der Arbeiterklasse zu spalten. In letzter Zeit haben wir uns wenig damit befasst, auch aus Furcht, mit einer *liberalen* Linken identifiziert zu werden, die mit moralisierenden Ansätzen dazu neigt, die sozialen Probleme, die Migrationsströme mit sich bringen können, zu leugnen. Wir müssen uns wieder zu diesem Thema äußern, es originell angehen und es in erster Linie mit einem dringenden Kampf gegen Sinophobie, Russophobie und Islamophobie verbinden, die derzeit das hauptsächliche Dreigestirn des Rassismus darstellen. Während die Sinophobie eine Konstante ist, die durch den Antikommunismus genährt wird, der darauf abzielt, das Ansehen Chinas und seines alternativen Systems zu schmälern, hat die Russophobie seit 2022 ein Ausmaß an grassierender Irrationalität erreicht und betrifft sogar progressive Kreise: Bürger der Russischen Föderation, die sich legal in unserem Land aufhalten, sind Opfer aller Arten von Misshandlungen geworden (von der Zensur kultureller Aktivitäten bis zur Sperrung von Bankkonten). Diese (oft institutionalisierte) Rassendiskriminierung ist Teil des strategischen Zwecks des Wettrüstens: eine Art »Reductio ad Hitlerum«, mit der die globalistischen Eliten ihre Gegner dämonisieren wollen, um Krieg zu legitimieren. Die Islamophobie, die normalerweise auf rechte Kreise beschränkt ist, wird nicht nur von Zionisten geschürt, sondern auch, unwissentlich, von jenem Teil der Linken, der, nachdem er Bewegungen unterstützt hatte, die der iranischen Islamischen Revolution feindlich gegenüberstanden, sich bereit erklärt hat, als »Akt des Glaubens«, seine Verurteilung der Aktionen des palästinensischen und libanesischen Widerstands als Reaktion auf die israelischen Verbrechen zu wiederholen. In Afrika wird sodann eine der wichtigsten Kontroversen zwischen den imperialistischen und den multipolaren Kräften ausgetragen: Die Unterstützung der Sahel-Allianz bedeutet sowohl, den Braindrain zu vermeiden, der diese Länder verarmt, als auch zu verhindern, dass der Imperialismus Emigranten als erpressbare Arbeitskräfte ausbeutet, um die sozialen Rechte in Europa zu untergraben. Der beste Weg, Rassismus zu bekämpfen, besteht darin, diese Menschen zu unterstützen, einen Dialog (sofern noch nicht vorhanden) mit ihren Botschaften in der Schweiz zu eröffnen und sie mit der Schweizer Bevölkerung zu vernetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Rolle humanitärer NGO in diesem Zusammenhang mit grosser Distanz analysiert werden muss. Trotz ihrer schönen Worte dient ihre Rolle oft dazu, die Abhängigkeit der Völker des Globalen Südens aufrechtzuerhalten. Unter Ausnutzung guter Absichten und emotionaler Naivität werden Solidaritätsbewegungen und die westliche Linke gespaltet und auf kontraproduktive Ziele und fehlerhafte Methoden gelenkt.

3.5.3. Wir müssen die Versuche des derzeit vorherrschenden *liberalen* politischen, künstlerischen, kulturellen und massenmedialen Systems erkennen, Bürgerrechtsfragen für politische Zwecke zu instrumentalisieren, die sich stark vom gerechten Kampf gegen Diskriminierung unterscheiden: insbesondere zur Unterstützung von Aufrüstungs- und Kriegspolitik sowie des Atlantizismus. Das Phänomen des »Pinkwashing« durch Militär, multinationale Konzerne oder das zionistische oder ukrainische Regime muss angeprangert werden, ohne Angst vor Kontroversen oder dem Ruf, »homophob« oder »fraueneindlich« zu sein. Wir müssen wieder vernünftig sprechen; die Massen müssen uns verstehen, nicht die »progressiven« Eliten, die in postmodernen Akademien gefangen sind und dem Diktat der »politischen Korrektheit« und der schädlichen »Woke«-Kultur unterliegen. Eine Linke, die sich unter Regenbogenfahnen als Verfechterin der Bürgerrechte präsentiert, dann aber den Export von Waffen in Kriegsländer unterstützt und damit zu einer militaristischen Tendenz beiträgt, die im Widerspruch zu jeder progressiven Rhetorik steht, ist nicht nur inkonsequent, sondern macht die Arbeiterklasse sogar hasserfüllt und drängt sie dazu, sich der härtesten und reaktionärsten Rechten anzuschließen. Damit wird der Existenz einer Partei wie der unseren erheblich geschadet.

4. Die organisatorischen Prioritäten der Schweizer Kommunisten in der neuen Phase

4.1. Die Kampagne »Keine EU – Keine NATO« intensivieren und eine glaubwürdige Partei in Sicherheitsfragen werden

4.1.1. Wir wissen, dass Multipolarität den Imperialismus eindämmt, doch unsere Partei hat bereits eine ideologische Innovation hervorgebracht, indem sie bekräftigt, dass Multipolarität eine Realität ist, die über einfache geopolitische Faktoren hinausgeht und in den kulturellen und institutionellen Überbau ausstrahlt. Kurz gesagt: Multipolarität führt auch zur Überwindung des neoliberalen Modells und erfordert ein stärkeres öffentliches Engagement. Auf dieser Grundlage beabsichtigte unsere Partei im vergangenen Jahr, eine Politik der »Einheitsfront« zu verfolgen, die auf Multipolarität und »mehreren Staaten« basiert. Diese Konzepte, übertragen auf unseren nationalen Kontext, sind gleichbedeutend mit den beiden oben genannten Prioritäten: Neutralität und Arbeit. Diese Praxis zielt auf Offenheit gegenüber Einheiten und Sektoren ab, die nicht in unseren politischen Raum integriert werden können, aber zu fortschreitenden Konvergenzen führen können. Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei der Linken, die diese Linie entschlossen und konsequent verfolgt. Wir müssen jedoch noch viel stärker darauf bestehen, öffentliche Versammlungen zu fördern und die Parole »Keine EU – Keine NATO« überall zu verbreiten: nicht nur innerhalb des engagierten Vereins, sondern auch in den Gewerkschaften und der Studentenbewegung. Und vor allem dürfen nicht nur einige Genossen in diesen Fragen hervorstechen, sondern die gesamte kämpferische Partei: Nur so kann die Partei endgültig so geformt werden, wie wir es uns wünschen und wie es der heutige Klassenkonflikt erfordert.

4.1.2. Insbesondere nach den eidgenössischen Wahlen 2023, bei denen wir mit der Liste »Nein zur EU – Nein zur NATO« angetreten sind, wollten wir diese Erfahrung fortsetzen und einen Verein gründen, den wir nun ausbauen und überall bekannt machen müssen, ohne dabei die rot-grünen Basisgruppen zu vergessen. Unsere Aufgabe besteht in erster Linie darin, fortschrittlich gesinnte Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, die von der atlantistisch-globalistischen *Führerschaft* der SPS und der Grünen irritiert sind, und ihnen zu zeigen, dass es möglich und sogar notwendig ist, links zu sein *und* die Schweizer Neutralität zu befürworten! Es wird daher sinnvoll sein, den Namen »Front für Neutralität und Arbeit« stärker zu nutzen als nur das Akronym »Nein zur EU – Nein zur NATO«. Eine Einheitsfront wird jedoch nicht nur dann erfolgreich sein, wenn sie zahlenmäßig größer ist als die der Partei (und die

Tendenz ist in dieser Hinsicht vielversprechend), sondern vor allem, wenn sie der Partei hilft, ihren Einfluss auszuweiten, indem sie auf Massenebene eine klare politische Linie vertritt, die parteipolitische und rein ideologische Barrieren überwindet. In diesem Sinne müssen wir jede »pingelige« Haltung aufgeben und den Dialog auch mit jenen suchen, die gemeinhin als Gegner betrachtet werden: Die historische Ära hat sich geändert, die turbulenten Zeiten und die Kriegsgefahr lassen kein Sektierertum zu, und wir müssen eine »neue Einheit« mit allen aufbauen, die sich dem atlantischen Imperialismus widersetzen und für Neutralität und Souveränität kämpfen. Die Schaffung einer Assoziationsdynamik und die Freisetzung von Energien für die Bildung lokaler Frontkreise wird daher eine Priorität sein.



4.1.3. Die Kommunistische Partei muss ernsthaft darüber nachdenken, wie sie zur Wiederbelebung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB), einem Zweig des von der UNO anerkannten Weltfriedensrates (WPC), beitragen kann. Es wäre sinnvoll, eine Mitgliederwerbung zu starten, obwohl die eigentliche Schwäche der SFB eher in ihrer fehlenden Wirkungsstrategie als in ihrer Mitgliederzahl liegt: Es ist undenkbar, heute in der Friedensfrage so zu intervenieren wie man das gestern tat. Wir müssen eine innovative Kommunikation fördern und dabei vor allem junge Menschen ansprechen, ohne die Konfrontation mit jenen pazifistischen Kreisen zu fürchten, die sich in Bezug auf den Atlantizismus ambivalent gezeigt haben! Darüber hinaus dürfen politische und institutionelle Lobbybemühungen nicht vernachlässigt werden, darunter jene, die sich gegen das Eidgenössische Verteidigungsdepartement, den Generalstab und bestimmte nationalistische Kreise richten. Innerhalb dieser Kreise gibt es tatsächlich unterschiedliche Meinungen, beispielsweise zur Neutralität und zur NATO-Integration, die befeuert werden können. Die Wiederbelebung der SFB erfordert zudem eine umfassende lokale Öffentlichkeitsarbeit mit Aktionen, die über jede Form von Selbstbezogenheit hinausgehen und sich nicht auf abstrakt »richtige«

Themen konzentrieren, sondern auf Themen, die die Bevölkerung wirklich betreffen und ihre konkreten Interessen berühren. Nach unserer Demonstration vom 15. März 2025, die in mehreren Kantonen Anklang fand, halten wir nun eine landesweite Demonstration für Frieden und Neutralität mit hoher Beteiligung und klarer und unmissverständlicher Ablehnung der NATO für notwendig. Wir hoffen, dass die SFB diese Demonstration auf einer Plattform einberufen wird, die sie in erster Linie mit unserer Partei teilt.

4.1.4. Die Partei muss eine ernsthafte Vision für Sicherheits- und Verteidigungsfragen entwickeln, die derzeit von einer Linken ignoriert wird, die unfähig ist, die militärischen und strategischen Dynamiken zu verstehen, die in einer historischen Ära des geopolitischen Wandels und naturgemäßer Konflikte immer wichtiger werden. Dies erfordert sowohl die fortgesetzte Verbreitung von Informationen, wie sie bisher erfolgreich auf Social-Media-Plattformen unter dem Motto »Keine EU – Keine NATO« praktiziert wurde, als auch die Analyse der Ergebnisse militär- und geheimdienstnaher *Think Tanks*. Diese Arbeit wird auch dazu beitragen, die Rolle bestimmter vermeintlich unabhängiger »Experten« aufzudecken und – wie in unserem Allgemeinen Programm vorgesehen – eine Liste jener extern kontrollierten Verbände und Medien zu erstellen, die die öffentliche Meinung in eine atlantisch-zionistische Richtung beeinflussen. Nicht weniger wichtig ist eine vertiefende Untersuchung, die auch aus Sicht der Militärdoktrin und der Einsatzfähigkeit der Truppen die Unterordnung von Reformen wie »Armee XXI« unter die Anforderungen der NATO aufzeigt.

4.2. Neue Generationen wieder mehr in den Fokus nehmen und ihr Bewusstsein anhand ihrer Erfahrungen schärfen

4.2.1. Die Partei muss schädliche Tendenzen, die sich in ihrem Inneren manifestieren und ihren revolutionären Charakter gefährden könnten, frühzeitig erkennen und bekämpfen, damit sie sich nicht zu reformistischen und damit opportunistischen Konzepten entwickelt. Diese Sorge um die eigene politische Kultur, ihr »Parteiethos« und damit ihre eigene Identität beginnt bei den jungen Menschen, die künftig die Partei führen sollen. Über die negativen Werte hinaus, die für eine dekadente kapitalistische Gesellschaft typisch sind, in der egoistische Unterdrückung und individuelles »Ellenbogenspiel« zum Nachteil anderer gleichbedeutend mit Fähigkeit und Eigenverantwortung werden, kann Opportunismus in einer Partei wie der unseren in verschiedenen Formen auftreten: Er entsteht, wenn Theorie und Praxis zu sehr auseinanderklaffen, d.h., wenn auf die interne theoretische Debatte nicht ausreichend praktisches militantes Handeln folgt, selbst auf der Ebene des individuellen Enga-

gements. Es zeigt sich aber auch in bürokratischen Verhaltensweisen, die aus einer »routinemäßigen« Praxis des »ungestörten Lebens« entstehen können und sich sowohl in der Schwierigkeit zeigen, Kontakt zu den Massen herzustellen, als auch in der Beschränkung der politischen Anleitung jüngerer Genossen oder Unterstützer auf das absolute Minimum. Deshalb besteht eindeutig Verbesserungsbedarf bei der Schulung von Militanten und Kadern: Die Partei muss aufhören, die Organisation politischer Schulungskurse allein an die Kommunistische Jugend zu delegieren, und stattdessen die kontinuierliche Schulung von Kadern und Führungskräften fördern: In den letzten Jahren haben zu viele Mitglieder des Zentralkomitees keine Auffrischungskurse besucht. Es ist auch wünschenswert, dass sich jeder Kader daran gewöhnt, selbst Schulungen abzuhalten: Jüngere Mitglieder systematisch über ein Thema zu unterrichten und es ihnen zu erklären, ist in der Tat nützlich, um dessen praktische Umsetzung zu verbessern. Neue Gesichter zu formen, die ein sauberes, aber strenges Bild der Partei vermitteln, ist die Aufgabe jedes Aktivisten und darf niemals vernachlässigt werden.

4.2.2. Die Lebensbedingungen und die Organisation der Jugend waren der Kommunistischen Partei schon immer wichtig, und das wird sogar von unseren Gegnern anerkannt. Nach einer Phase deutlicher demografischer Verjüngung erlebt unsere Partei eine Neuausrichtung der Generationen: Zum ersten Mal seit fast zwanzig Jahren verzeichnen wir auch Beitrittsanträge von erwachsenen und älteren Genossen, und heute verfügen wir stolz über eine militante Truppe, die zwar im Durchschnitt noch sehr jung ist, aber sicherlich besser auf die verschiedenen Altersgruppen verteilt ist. Diese Neuausrichtung der Generationen hatte auch Auswirkungen auf unsere Jugendsektion, die in den letzten fünf Jahren eine sehr produktive Phase erlebte, in der wir jedoch hauptsächlich Universitätsstudenten organisierten. Anfang 2025 hat die Kommunistische Jugend (KJ) daher beschlossen, ihre Führung zu erneuern, wobei der Schwerpunkt auf einer deutlichen Verjüngung der Struktur liegen soll, insbesondere auf der Rückkehr an Gymnasien und Berufsschulen. Dies erfordert vor allem eine Neuausrichtung thematischer Kampagnen und Kommunikationsmethoden, aber natürlich auch der Dynamik von Bildung und Zusammenarbeit. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Jugendbewegung ein attraktiver und angenehmer Ort ist, an dem Erfahrungen gesammelt werden können und man gemeinsam wachsen kann – getragen von einem Ideal, aber auch von Methodik und Disziplin. Kurz gesagt: Die KJ ist aufgerufen, frühzeitig junge Menschen zu identifizieren, die dabei sind, politische Sensibilität und kritisches Denken zu entwickeln. Es ist wichtig, dass sie nie isoliert bleiben, sondern sich in ein kollektives und unterstützendes Umfeld integrieren kön-

nen, das ihnen einen gemeinschaftlichen Raum für den Aufbau einer gemeinsamen Identität bietet. Die Organisation informeller, offener Veranstaltungen gewinnt daher an Bedeutung. Unsere Interventionen bei jungen Menschen müssen aus pädagogischer Perspektive konzipiert sein: nicht nur durch die Förderung ihres Selbstvertrauens, sondern auch durch die Entwicklung ihres natürlichen Nonkonformismus durch innovatives politisches Handeln und die Vermittlung einer Konfliktkultur, die ihn beherrscht und nicht davor zurückschreckt. Junge Menschen müssen heute erkennen, dass die Realität nicht eindeutig ist, sondern aus verschiedenen Richtungen interpretiert werden kann. Die Jugendorganisation trägt die Verantwortung, eine klassenbasierte und marxistisch-leninistische Perspektive zu vertreten. Damit diese »Gegenerzählung« Wirkung entfalten kann, ist jedoch eine organisierte Struktur unerlässlich, um die Verbreitung von Individualismus und Hedonismus zu verhindern, die für die vorherrschenden intellektuellen und künstlerischen Modelle typisch sind. Junge Menschen muss eine Methode an die Hand gegeben werden, die über die liberale Idee des einfachen, von konkreter Empörung getriebenen Aktivismus hinausgeht und stattdessen organisierte Militanz im Rahmen eines umfassenden politischen Projekts umfasst.

4.2.3. Angesichts des wiederauflebenden Antikommunismus müssen wir den neuen Generationen den Sozialismus als Notwendigkeit und Chance vermitteln, nicht als gescheitertes und daher unwiederholbares Experiment. Ausgehend von Themen, die junge Menschen direkt oder auch indirekt betreffen, wie etwa die Arbeitsbedingungen ihrer Eltern, müssen wir ihr Bewusstsein schärfen und von dort aus ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Klasse, einem Ideal, einer Gewerkschaft und damit zur Partei aufbauen. Es gibt zahlreiche Themen, und die jungen Menschen müssen sie selbst wählen: Die KJ hat sie oft aufgegriffen, von der Frage der Jugendunsicherheit bis hin zum jüngsten Aktionstag gegen die steigenden Preise in den Schulkantinen. Generell müssen wir auch im Jugendbereich an der Verknüpfung von Erfahrungen und Kämpfen arbeiten. So sollte beispielsweise die Sensibilität der Jugendlichen für Palästina mit Informationen über die israelischen Refuseniks und die jungen Deutschen, die gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht demonstrieren, verknüpft werden. Das könnte so genutzt werden, um die Kritik am Schweizer Militarismus neu zu entfachen. Wir können uns dafür einsetzen, dass KJ-Mitglieder an Sommercamps von Jugendorganisationen im Ausland teilnehmen. Es ist jedoch wichtig, jungen Menschen beizubringen, ein Gleichgewicht zwischen leidenschaftlichen Diskussionen über das »große Ganze« – ein wesentliches Instrument zur Entwicklung einer Denkweise – und der Bedeutung der direkten Ausein-

andersetzung mit konkretem Wissen über die lokale Umgebung, in der sie leben und arbeiten, zu finden. Die Verknüpfung eines Bauarbeiterstreiks mit der Studentenbewegung ist beispielsweise nicht nur pädagogisch bereichernd, sondern fördert auch Klassenbewusstsein, Solidarität und Nachahmungsgeist.

4.3. Professionalisierung der internationalen Zusammenarbeit

4.3.1. Die Schwäche der Internationalen Kommunistischen Bewegung (IKB) resultiert nicht nur aus der Niederlage in den osteuropäischen Ländern und der UdSSR, sondern auch aus der Schwierigkeit verschiedener kommunistischer Parteien, eine Strategie zu entwickeln, die der jeweiligen nationalen Realität und der historischen Epoche angemessen ist: Es fehlte (wie übrigens auch jahrelang bei uns) eine ernsthafte Bestandsaufnahme des politischen Terrains und der Massenphänomene, und es herrschte eine besorgniserregende theoretische Stagnation in der wissenschaftlichen Analyse der Realität vor. In der IKB gibt es nicht nur ein Problem des Formalismus, sondern auch der stereotypen Lesart der Realität: Zu viele Parteien wiederholen müde Konzepte, die oft von den Ereignissen überholt sind, die sich der dialektischen Auffassung der materiellen Realität entziehen und daher auf der Ebene der Massen keinerlei Resonanz finden. Neben dem Rechtsopportunismus, der Reformismus und Wahlkampfpolitik Tür und Tor öffnet, gibt es, wie wir bereits gesehen haben, auch eine dogmatische und maximalistische Tendenz, die in Europa, insbesondere unter jungen Menschen, an Boden gewinnt und innerhalb einiger Parteien zu Generationenkonflikten führt. Wir beziehen uns auf Meinungsverschiedenheiten in einer Vielzahl von Konzepten: sie betreffen die Phasen des Übergangs zum Sozialismus; die zeitliche und konzeptionelle Trennung zwischen Sozialismus und Kommunismus; die Existenz innerer Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und ihrer Allianzen; die Definition von Faschismus und Imperialismus; sogar die Anerkennung des Staates Israel. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir das Prinzip der Nichteinmischung, an das wir uns strikt halten. Es verbietet zwar die Infiltration von Parteien durch Migranten aus der Diaspora und das Schüren von Spaltungen, die dann gegenüber ausländischen politischen Zentren zu verantworten wären, muss uns aber auch davor bewahren, innerhalb der IKB passiv zu werden: Auch wir tragen die Verantwortung, die Glaubwürdigkeit des kommunistischen politischen Projekts auf theoretischer Ebene wiederherzustellen. Unsere Partei muss daher die Verbreitung ihrer Analysen, übersetzt für das Publikum marxistischer Kader im Ausland, intensivieren und multilaterale Treffen zu Themen von gemeinsamem Interesse fördern, um so Formen gemeinsamen Handelns zu skizzieren. Unsere Aufnahme in das Internationale

Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien (SolidNet) ist die große Neuerung, die wir gewinnbringend nutzen müssen.

4.3.2. Wir sind davon überzeugt, dass jede Partei ihre eigene politische Linie entwickeln muss, die auf den Realitäten des eigenen Landes und den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung basiert, aber auch die Machtverhältnisse innerhalb und außerhalb der eigenen Partei berücksichtigt. Obwohl wir uns weigern, ausländische Modelle zu übernehmen und gleichzeitig keine führende Partei anerkennen, bedeutet dies nicht, dass wir gleichgültig sind: Im aktuellen globalen Konflikt positioniert sich unsere Partei ohne Angst vor der Meinung anderer, lehnt aus Prinzip den »Weder-noch-Ismus« ab, vermeidet es, in Folklore zu verfallen, und sucht stattdessen immer einen Bezug zur nationalen Realität und zu den Interessen der Arbeitnehmer unseres Landes. Die Herausforderung besteht darin, den Internationalismus in unsere lokale Praxis zu integrieren und ihn zu erklären, indem wir von dem ausgehen, was Arbeiter und Studenten auf der internationalen Bühne tatsächlich sehen.

4.3.3. Es gibt auch einen anderen, anspruchsvoller, aber effektiven Plan zur Förderung konkreter Projekte: Die Kommunistische Partei fördert eine Win-Win-Kooperation zwischen der Schweiz und Schwellenländern, beispielsweise durch die Vernetzung ihrer jeweiligen Wirtschafts- und Wissenschaftszentren. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, in zunehmend qualifizierter Funktion am *World Socialism Forum* in Peking teilzunehmen und in der Redaktion der *World Marxist Review* mitzuwirken. Das Konzept der »informellen Diplomatie« (entlehnt von der »Volksdiplomatie«) ist ein Markenzeichen unserer Partei und erfordert Professionalität. Es beruht sowohl auf politischer *Lobbyarbeit* als auch auf institutioneller und kommerzieller Vermittlung. Diese Praxis hat das internationale Ansehen unserer Partei bereits gefestigt, kann aber weiter gesteigert werden, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Schweizer Akteuren, denen wir unser Fachwissen anbieten können. Was den Tourismus betrifft, so verdienen unsere gesammelten Erfahrungen eine Ausweitung durch die Erweiterung der Destinationen und die Einrichtung einer Abteilung des Zentralkomitees, die sich speziell politisch und konzeptionell mit diesem Thema befasst, aber auch operativ auslagern kann.

4.3.4. Die internationale Arbeit ist das Kronjuwel unserer Partei, gemessen an der Zahl der Partner, der ins Leben gerufenen Projekte und des erreichten Prestiges. Allerdings herrscht auch in diesem wie in anderen Bereichen noch ein gewisser Dilettantismus, den wir schrittweise überwinden müssen. Dies erfordert natürlich ausgebildete oder zumindest lernwillige Führungskräfte, aber auch finanzielle Mittel für Sekretariats-, Übersetzungs- und Logistikarbeiten, an denen es derzeit schmerzlich

mangelt. Durch eine professionellere Arbeitsweise sind wir auch in der Lage, jenen, die nicht über diese Mittel verfügen und die unter repressiven Regimen oder in deutlich ärmeren Ländern kämpfen, direkte Hilfe anzubieten. Wir haben auch Mitglieder, die im Ausland leben: viele in der EU (Italien, Deutschland usw.), aber auch einige in weit entfernten Ländern (USA, Laos usw.). Ihr Beitrag zur Partei wird derzeit nicht genutzt! Ein isolierter Genosse, auch wenn er theoretisch gut gerüstet ist, kann leicht »verloren gehen«, deshalb muss die Auslandsabteilung ernsthaft aufgebaut werden. Unsere Genossen im Ausland können Artikel und Mitteilungen für die Schweizer und internationalen Medien verfassen, der Partei vorschlagen, sich zu Kämpfen von besonderer politischer und gewerkschaftlicher Bedeutung zu äußern, aber auch einen Beitrag zur Förderung der Verständigung mit ausländischen Realitäten leisten und an deren Veranstaltungen teilnehmen. Natürlich muss dies in Abstimmung mit der Internationalen Abteilung und nach einer Mindestausbildung in politischer Bildung geschehen, aber die uns zur Verfügung stehenden Energien müssen endlich genutzt werden.

4.4. Die nationale Struktur der Partei ausbauen; eine Synthese mit Kommunisten unterschiedlicher Positionen anstreben

4.4.1. Im Laufe der Jahre ist unsere Partei ideologisch und politisch gereift, hat Erfahrungen gesammelt und ihre Identität sowie ihre eigenen Analyse- und Arbeitsmethoden entwickelt. All dies macht sie zu einer einzigartigen politischen Einheit, die selbst in Teilen des Landes, in denen wir noch nicht präsent sind (und sogar im Ausland), Neugier und Interesse weckt. Dieser Reifungsprozess brachte jedoch auch Phasen der Spannung im Prozess der internen Klärung und leider sogar Spaltungen mit sich. Der Lauf der Zeit, die sich vertiefenden Widersprüche des atlantischen Systems und die neuen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Landes erfordern jedoch, dass Kommunisten nicht bei vergangenen Reibereien verweilen, sondern im Gegenteil in die Zukunft blicken, um eine fortschrittlichere politische und organisatorische Einheit aufzubauen, die sich an die neue historische Phase anpassen kann. Unsere Partei hat ein neues Programm und ein neues Statut verabschiedet. Auf dieser Grundlage hat sie beschlossen, alle zusammenzubringen, die diese teilen. Dabei wird sie sich um Offenheit und Geschick in der internen Debatte bemühen und gleichzeitig die unterschiedlichen Empfindlichkeiten respektieren, ohne jedoch Disziplin und Einheit zu beeinträchtigen und die insbesondere in den letzten zehn Jahren erzielten Fortschritte aufzugeben. Dies bedeutet auch, die Beziehungen zu jenen Genossen zu verbessern, die sich in der Vergangenheit ehrlich und transparent von unserer Partei

distanziert haben, aber eine politische und ideologische Kohärenz bewahrt haben, die nun eine schrittweise Annäherung ermöglicht. Wir dürfen jedoch nicht darauf warten, dass diese Genossen immer den ersten Schritt machen; auch wir müssen sie aufspüren und versuchen, den Dialog mit ihnen wieder aufzunehmen. Noch weniger sollten wir hochmütig auftreten und von ihnen einen Widerruf verlangen: Was zählt, ist einzig und allein ihre Verlässlichkeit, Integrität und ihr Aktivismus.

4.4.2. Wenn wir bereit sind, den Dialog mit jenen wieder aufzunehmen, die früher in unserer Organisation aktiv waren, muss derselbe Ansatz auch für Nicht-Kommunisten und solche mit anderen Zugehörigkeiten gelten, die unsere programmatischen Prioritäten teilen. Während das Ziel bei den ersten beiden Kategorien darin besteht, sie in unsere Reihen zu integrieren, ist bei letzteren ein anderer Ansatz erforderlich, da es nicht darum geht, mit anderen kommunistischen Parteien zu konkurrieren und sie zu schwächen. Nach dem Beispiel des Wahlbündnisses in der italienischsprachigen Schweiz mit der PdA-Sektion des Kantons Tessin müssen in anderen Schweizer Regionen ähnliche Dynamiken etabliert werden, die die Zusammenarbeit fördern, aber auch die gegenseitige Unabhängigkeit respektieren. Wir beziehen uns in erster Linie auf die Basler Partei der Arbeit (PdA Basel 1944), mit der wir sehr starke politische und ideologische Gemeinsamkeiten teilen. Was die Beziehungen zwischen uns und der Partei der Arbeit der Schweiz betrifft, so glauben wir, dass die Zeit reif ist – über die jüngste positive Zusammenarbeit mit ihrer Waadtländer Kantonalpartei (die sowohl in Bezug auf Neutralität als auch auf Ernährungssouveränität erprobt wurde) –, nicht für idealistische Fusionen, sondern für eine schrittweise »Normalisierung« der Beziehungen, auch auf nationaler Ebene, zwischen den beiden jeweiligen Exekutivorganen. Die organisatorische Spaltung der Kommunisten in der Schweiz (und in fast jedem Land der Welt) ist eine Tatsache: Der Schlüssel liegt im Experimentieren mit Formen der Aktionseinheit, die Unterschiede komplementär statt konflikthaft machen. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass das, was im Rest der Schweiz funktioniert, im Kanton Tessin selten auf die gleiche Weise funktioniert: Den »Mikrokosmos« zu verstehen, in dem unsere Partei heute am tiefsten verwurzelt ist, war schon immer unsere Kunst, wie auch dem Dogmatismus und Automatismus anderer linker Organisationen entgegenzuwirken, die die Dynamik des Tessins, die sich grundlegend von der anderer Kantone unterscheidet, nicht begriffen haben.

4.4.3. Im Jahr 2012 gründeten wir die bis heute so genannte »Sektion Léon Nicole«. Ursprünglich war sie als thematische Sektion ausschließlich für Tessiner Studenten gedacht, die sich vorübergehend jenseits des Gotthards aufhielten und in unserer damals ausschliesslich in der italienischsprachigen Schweiz wirkenden Partei aktiv

bleiben wollten. Später, im Jahr 2015, entwickelte sie sich zu einer vollwertigen Verbindungsstruktur mit dem Parteizentrum, die nicht nur in der französischsprachigen und der Deutschschweiz lebende Tessiner Kommunisten organisieren konnte, sondern theoretisch auch alle neuen Anhänger, die sich aus Regionen ohne Parteistruktur für uns interessierten. Angesichts dieser neuen Phase und des wachsenden Interesses an unserer Partei in anderen Schweizer Kantonen muss die »Sektion Léon Nicole« nun die Hauptrolle einer Strukturreform übernehmen, die neben einer möglichen Namensänderung darauf abzielt, sich in eine Föderation zu verwandeln, die eine eigene Gemeinschaftsdynamik entwickelt, um die Partei möglichst im ganzen Land zu etablieren. In diesem Sinne müssen wir das Führungssystem zugunsten dieser Föderation schrittweise dezentralisieren, damit sie lernen kann, ein echtes Leitungsorgan zu sein. Die Priorität besteht nun darin, den Genossen, die die Partei in den noch »unerschlossenen« Regionen der Eidgenossenschaft aufzubauen, die Werkzeuge für eine erste Form der Propaganda an die Hand zu geben: Neben einem grafischen Erscheinungsbild in französischer Sprache, das bereits weitgehend fertiggestellt ist, ist es nun dringend erforderlich, einen Großteil des Aktionsprogramms »Piano Tabù«, der bereits übersetzt und an die Realität der französischsprachigen Kantone angepasst wurde, zu gestalten und zu drucken. Nach und nach und im Verhältnis zur tatsächlich vorhandenen Militanz muss dasselbe in der Deutschschweiz geschehen. Unsere Präsenz in den *sozialen Medien*, die sich vor allem an junge französisch- und deutschsprachige Menschen richtet, muss ebenfalls intensiviert werden, um die Aktivisten in diesen Regionen, die sich bereits mit uns verbündet haben, zu bestärken.

4.4.4. Ausserhalb der italienischsprachigen Schweiz müssen wir uns auf zwei Schlüsselbereiche konzentrieren: Erstens müssen wir systematischer mit der Bekanntheit der Partei beginnen und ihre in die Landessprachen übersetzten Positionen möglichst weit verbreiten: Unsere politische Linie ist originell und einzigartig in der Schweizer Linken, was zu ihrer Attraktivität beiträgt. Zu diesem Zweck müssen die Informationskanäle gestärkt werden: Neben der optimalen Nutzung der befreundeten Website *Kommunisten.ch* müssen wir endlich *Nouvellepolitique.ch* eröffnen und den sozialen Medien neuen Schwung verleihen. Zudem müssen wir die Erfahrungen der sehr erfolgreichen Konferenz zum Thema Neutralität, die im Dezember 2024 in Lausanne stattfand und an der Botschafter und Wissenschaftler teilnahmen, ausbauen. Der zweite Schwerpunkt muss hingegen unbedingt auf der Arbeit »hinter den Kulissen« liegen, indem ein noch langsamer Prozess zur Zusammenführung von Avantgarde-Gruppen initiiert wird, die in speziellen Schulungen ge-

schult werden, und indem gezielte Beziehungen zu Nischen-»Insidern« in den unterschiedlichsten Bereichen aufgebaut werden: von der Wissenschaft bis zu den Gewerkschaften, von der Jugend bis zur Diplomatie. Die schweizweite Arbeit ist nach wie vor Pionierarbeit und wird daher von der breiten Öffentlichkeit weitgehend relativ unbemerkt bleiben. Dies darf jedoch nicht zum Vorwand werden, sich zu verstecken: Selbst wenn das nur teilweise Anerkennung bringt, ist sie unerlässlich, um das Vertrauen derjenigen zu gewinnen, die heute noch mit Argwohn blicken.

4.5 Gegenhegemoniale Kulturarbeit; ideologische und organisatorische Unabhängigkeit

4.5.1 Wir müssen die Ressourcen finden, um bestimmte Parteimitglieder zu professionalisieren: Ohne Genossen, die sich vorrangig der Politik widmen können, wird es unmöglich sein, die von vielen erwarteten notwendigen Fortschritte zur Konsolidierung der Organisation zu erzielen. Die Aufgaben der Partei nehmen zu, doch die personellen und materiellen Ressourcen, um sie zu bewältigen, sind nach wie vor zu begrenzt. Man denke nur an die enormen Kommunikationsanstrengungen, die uns fehlen. Gegeninformation wird auch durch unsere Abhängigkeit von bestimmten Social-Media-Plattformen behindert, die entweder Profile und Seiten aktiv zensieren oder spezielle Algorithmen verwenden, um die Verbreitung besonders unangenehmer Inhalte (z.B. antizionistischer Art) zu verhindern. Die Diversifizierung der Plattformen ist daher nicht so sehr aus Datenschutzgründen (der in Zukunft angegangen werden muss) nötig, sondern vielmehr, um zu vermeiden, völlig zum Schweigen gebracht zu werden: Wir sind uns bewusst, dass dies zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führt. Die Finanzkommission muss sich dringend mit der Frage befassen, wie die finanzielle Unabhängigkeit der Partei gewährleistet und ein unternehmerisches Konzept entwickelt werden kann, das die Überwindung des immer noch zu voluntaristischen Managements endgültig ermöglicht.

4.5.2. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche nicht streng politische Aktivitäten innerhalb der Partei verlagert und mehrere Nebenvereinigungen aufgelöst, um so unsere Bemühungen zu rationalisieren. Derzeit und im Zusammenhang mit der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, auch mit nichtparteilichen Einrichtungen, vor allem der Wissenschaft, in Entwicklungsländern, halten wir es jedoch für notwendig, unsere Kontaktpunkte zu erweitern und Menschen zusammenzubringen, die nicht unbedingt Parteimitglieder sind. Insbesondere ist es wichtig, dass die Expertise unserer Mitglieder in Sicherheitspolitik, Geopolitik, Sinologie, der Modernisierung des Marxismus usw. in geeigneten kulturellen Räumen (*Think Tanks*)

für Ausbildung und Forschung zum Ausdruck gebracht werden kann. Diese Dynamik sollte auch ausländischen Intellektuellen offen stehen, die sich in den jeweiligen wissenschaftlichen Ausschüssen engagieren möchten. Vor diesem Hintergrund sollte die Zusammenarbeit mit der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS), dem Institut für Geschichte und Literatur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (IPHL) und der Chinesischen Akademie für Regierungsführung (CNAG) intensiviert werden. Projekte sollen auch im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit der Fujian Federation of Social Sciences und der Redaktion der Universitätszeit- schrift *Southeast Academic Research* umgesetzt werden. Es besteht die Hoffnung, dass ähnliche Initiativen auch mit anderen Ländern und Parteien entwickelt werden.

4.5.3. Die Kulturpolitik und die Veröffentlichungen der Partei müssen den aktuellen Bedürfnissen entsprechen, aber auch im Verhältnis zu der Energie stehen, die wir dafür aufbringen können. In diesem Sinne haben wir zu diesem XXV. Parteitag bereits beschlossen, unsere theoretische Zeitschrift *#PoliticaNuova* mit einer neuen Heftreihe neu aufzulegen. Diese wird seltener, aber in einem einheitlicheren Format erscheinen und gleichzeitig Aktivisten als nachhaltige Referenz dienen. Auch im Bereich der Gegeninformation ist ein schlankeres und leicht aktualisierbares Instrument erforderlich. Rund fünfzehn Jahre lang erfüllte die Website *Sinistra.ch* diese Aufgabe, zeigt aber seit einiger Zeit Alterserscheinungen und erfordert eine inhaltliche und formale Reform. Neben der Weiterentwicklung des kämpferischen Journalismus muss unsere *Marke* standardisiert werden, um ihre Wiedererkennung zu fördern. Kurz gesagt: Wir brauchen eine Online-Zeitung, die unsere Printausgabe widerspiegelt und es uns ermöglicht, bestimmte Schlüsselthemen zu verinnerlichen, die unsere politische Haltung ergänzen, indem sie parteipolitische Berichterstattung bietet und gleichzeitig eine gewisse journalistische Genauigkeit gewährleistet. Dies und die internationale Dynamik (auf die wir spezialisiert sind) ermöglichen es uns, die sozialen Kämpfe in der Schweiz umfassend darzustellen und die Rolle der kommunistischen Parteien im In- und Ausland hervorzuheben. Hilfreich ist auch der Aufbau von Partnerschaften mit ähnlichen europäischen Projekten zum Austausch von Materialien – wie dies mit dem italienischen Verein *Multipopolare* geschehen ist. Auch unser Videokanal verdient besondere Beachtung: 2009 waren wir mit *RedFlagTV* der Zeit weit voraus, doch der heutige Kanal ist zu sehr auf die parlamentarische Arbeit fokussiert. Was wir wirklich brauchen, sind originelle und regelmäßige Formate (im *Podcast*-Stil), um eine Nutzergemeinschaft aufzubauen. Abschließend gilt es, die Buchproduktionstätigkeit durch die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit einem Verlag abzuschließen, der unsere seit Jahren geplante Projekte verwirklicht.

4.5.4. Der Raum für Marxisten in der Schweizer Wissenschaft ist, mit einigen lobenswerten, aber marginalen Ausnahmen, nahezu irrelevant; die Universitäten agieren in erschreckendem Maße selbstherrlich und politisch gesteuert. Diese Rektoren haben nicht nur jeden Anschein akademischer Freiheit mit Füßen getreten, um diejenigen zu unterdrücken, die ihre Ablehnung des Zionismus zum Ausdruck gebracht haben, und damit haben sie ihre Unterwürfigkeit gegenüber den Diktaten der israelischen Akademien demonstriert. Sie haben auch ohne Widerrede Sanktionen gegen russische Forscher verhängt und diskriminierende Vorschriften zum Nachteil von Doktoranden aus souveränen Ländern wie dem Iran, Kuba, China usw. erlassen. Angesichts einer Situation, die kaum Handlungsspielraum lässt, muss wissenschaftliche Glaubwürdigkeit auch außerhalb der offiziellen, vom atlantischen System anerkannten akademischen Kreise aufgebaut werden: Dies ist heute möglich, da es in Schwellenländern keinen Mangel an Forschungs- und Ausbildungszentren gibt. Es ist strategisch wichtig, immer mehr junge Schweizer zu ermutigen, dort zu studieren, und unsere Partei verfügt über die Ressourcen, um diesen Austausch konkret zu fördern, beispielsweise beginnend mit Studienreisen nach China.

Inhaltsverzeichnis

1. Die strategische Ausrichtung der Kommunistischen Partei im Kontext des Niedergangs des atlantischen Systems und des multipolaren Übergangs	
1.1. Der grundlegende Widerspruch der neuen historischen Ära	3
1.2. Ein neuer Block zwischen »Volksunion« und anti-faschistischer Rhetorik	5
1.3. Die Stellung der Schweiz in der Neuen Weltordnung und ihre Neutralität	8
1.4. EU und NATO: Die Hauptfeinde des Schweizer Volks	10
1.5. Die Risiken des Krieges und ihre Auswirkungen auf den Alltag der Arbeiter	12
2. Die Partei auf das Risiko autoritärer Umwälzungen und Kriege vorbereiten: demokratische Wachsamkeit erhöhen, Pluralismus und Volkseinheit fördern	
2.1. Dem Parlament wieder eine zentrale Rolle geben, sich gegen die Entwertung der Institutionen zur Verteidigung des Pluralismus wehren	15
2.2. Der Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus darf nicht aufgegeben, sondern muss an die Erfordernisse der neuen Phase angepasst werden	16
2.3. Die Schule sollte pluralistisch sein und die Schüler auf kritisches Denken vorbereiten, nicht auf kulturelle Homogenität	19
2.4. Bürgerrechte entstehen aus der Entwicklung der Sozialrechte	23
2.5. Mehr Fühlung nehmen zum Terrain	25
3. Die Partei mit den Mitteln ausstatten, damit sie sich stärker in Fragen der Arbeit, des Service p. und der nationalen Selbstversorgung einbringen kann	
3.1. Eine neue Phase in der Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten	27
3.2. Stärkung des Dialogs mit den Landwirten	32
3.3. Mehr Staat, weniger Markt	33
3.4. Für eine fruchtbare Revolution: auf Nahrungsmittel-, Energie- und digitaler Souveränität bestehen	36
3.5. Unnötige Spaltungen vermeiden	38
4. Organisatorische Prioritäten der Schweizer Kommunisten in der neuen Phase	
4.1. Die Kampagne »Keine EU – Keine NATO« intensivieren und eine glaubwürdige Partei in Sicherheitsfragen werden	41
4.2. Neue Generationen wieder mehr in den Fokus nehmen	43
4.3. Professionalisierung der internationalen Zusammenarbeit	46
4.4. Die nationale Struktur der Partei ausbauen; eine Synthese mit Kommunisten unterschiedlicher Positionen anstreben	48
4.5. Gegenhegemoniale Kulturarbeit; ideologische und organisatorische Unabhängigkeit	51

Stichwortverzeichnis

- Antifa-Rhetorik 7
- Arbeit 27, 28, 29, 31, 34
- Arbeitskämpfe 27, 28, 29
- Austerität 16, 34
- Bilaterale 10, 37
- BRICS 3
- China 8, 12, 52
- Einheitspolitik 17
- Energiepolitik 37, 38
- Ernährungssouveränität 32, 33
- EU 7, 9, 10, 37, 38, 41
- Friedensbewegung 42, 43
- Gesundheitspolitik 35
- Gewerkschaften 27, 28, 29, 30, 31
- Globaler Süden 39, 53
- Imperialismus 3, 12
- Internationale Kontakte 25, 46, 52
- Junge Generation 43, 44, 45, 47, 48
- Krankenkassenprämien 34
- Kriegsgefahr 12, 13, 26, 34
- Kulturarbeit 51
- Landwirtschaft 32
- liberale Linke 38, 39
- Militarismus 8, 13, 16, 18, 19, 43
- Multipolarismus 3, 26
- NATO 8, 9, 10, 11, 13, 26, 41
- Neutralität 5, 8, 11
- NGO 39
- Palästina 13, 26
- Partei 15, 27, 44, 48, 49, 50, 51, 52
- Piramidentheorie 4
- Pluralismus in Institutionen 16
- Rassismus 7, 39
- Schule 19, 20, 21
- SCO 3
- Service public 16, 34
- Souveränität 33, 36, 37, 38
- Staat 36
- SWIFT 3
- Ukraine-Krieg 3
- Umweltpolitik 36
- Volksunion 6
- Woke-Kultur 40
- XI Jinping 4
- Zivildienst 17
- Zivilgesellschaft 30